

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 272 SONNTAG, 4. September 1938

Aus dem Inhalt:

Vor der Entscheidung in der
Tschechoslovakei
Von Wenzel Jaksch

Prix: Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande
Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran. Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

Methode Reichstagsbrand

Durch nationalsozialistische Provokation zum Weltkrieg?

„Achtung, Methode Reichstagsbrand!“ Das ist die Warnung, die jetzt der internationalen Öffentlichkeit zugerufen werden muss. Eine freche nationalsozialistische Provokation, die den Krieg entfesselt, kann in der tschechoslovakischen Republik jederzeit erfolgen. Der Vorbereitung einer solchen provokatorischen Tat dient der Aufruf der sudetendeutschen Nationalsozialisten, dessen wahrer Inhalt in die Worte zusammengefasst werden kann: „Pfeift auf die Gesetze! Fallt über die nichtnationalsozialistische Bevölkerung her! Die Strasse frei dem braunen Terror!“

Dieser Aufruf ist in einer hochkritischen Situation erlassen worden. Noch immer werden in Deutschland Reservisten eingezogen, bis zur Eröffnung des Nürnberger Parteitag am 5. September soll das mobilisierte deutsche Heer auf höchste Kampfkraft gebracht werden. Die deutsche Presse gibt ihrem Hetzfeldzug gegen die Tschechoslovakei eine neue Steigerung. In dieser Lage ist dieser Aufruf ein dreistes Verbrechen am Weltfrieden. Die Leute, die das „Recht auf Notwehr“ proklamieren, sind grundsätzliche Anhänger des Terrors und praktische Terroristen, deren schändliche Taten im sudetendeutschen Gebiet immer lauter gen Himmel schreien.

Was weiss denn die deutsche Presse von den Leiden der terrorisierten Sudetendeutschen zu berichten? Hier eine Prügelei, bei der eine Fensterscheibe entzwei gegangen ist, dort ein Wirtshausstreit um die Höhe einer Zeche, und schliesslich hat ein provozierender Lausejunge eine Ohrfeige erhalten. Und deswegen Weltkrieg?

Wir führen ein Beispiel an, um zu zeigen, wie die Henleinleute „terrorisiert“ sind. Ueber die Amtseinführung des Heinlein-Bürgermeisters in Aussig wird berichtet:

„Mittwochabend nach der konstituierenden Sitzung der Aussiger Gemeindevertretung, zu der sämtliche Amtswalter und Heinlein-Gemeindevertreter nach Aussig kommandiert waren, marschierte durch die Masarykstrasse eine etwa sechzig Mann starke geschlossene Gruppe uniformierter Ordner. Kurz vor der Wache der uniformierten Sicherheitspolizei erscholl ein Kommando. Die Gruppe marschierte im Gleichschritt und sang das bekannte Lied mit dem Refrain: „Heute gehört uns die Heimat und morgen die ganze Welt“. Nach etwa hundert Schritten erscholl schnarrender Kommandoton:

„Herrn Penkava — Leiter der Aussiger Kriminalpolizei — hat es gefallen, anzunehmen, dass wir im geschlossenen Zug marschieren. Das ist verboten. Ich fordere euch auf, den Zug aufzulösen.“

Gejohle, Pfeifen und Sieg-Heil-Geschrei waren die Folge dieses Kommandos. Die Gruppe ging auseinander, formierte sich aber nach kurzer Zeit unter einem Pfeifkonzert erneut.

Im Anschluss an die konstituierende Sitzung der neugewählten Aussiger Stadtvertretung, in der die Stadtvertreter der Tschechoslovakischen Republik „Treue“ gelobten, marschierten die Henleinvertreter geschlossen nach der Turnhalle. Von dort fuhren sie in sechs Autos durch die Teplitzer Strasse nach dem Marktplatz. In einem der Autos stand der neugewählte Aussiger Bürgermeister Dr. Tauche mit zum Faschistengruss erhobener Hand. Dr. Tauche sprach dann vom Balkon des Cafés Falk zu einer Menge von etwa 1500 Henleinleuten und bezeichnete sich als den „ersten nationalsozialistischen Bürgermeister der Stadt Aussig“. Die demokratische Bevölkerung, die Zeuge dieses Vorganges war, war empört über die Provokation.“

Aber, so heisst es in dem Aufruf und in Kommentaren der deutschen Presse, das Recht zur Notwehr richte sich in erster Linie gegen die sozialdemokratischen Gegner, gegen die „marxistischen Terroristen“, gegen das „planmässige Vorgehen der marxistischen Gegner“. Wir kennen diese Methode des politischen „Haltet den Dieb“-Geschrei nur zu gut! Nach dieser Methode sind die Terrorbanden der SA in Deutschland zwischen 1930-1933 vorgegangen. Mit dieser Notwehrtarnung ist die Hitlersche Bürgerkriegstruppe aufgestellt worden, mit diesem frech verlogenen Notwehrgeschrei hat die Hitlersche SA politische Gegner ermordet. Diese dreiste Lüge wird heute noch fortgesetzt, und der Chef dieser Mörderbanden wagt heute noch zu sagen: „Auf unserem Wege liegt kein Toter!“

Dieser Aufruf ist eine Putschvorbereitung. Die Henleinpartei hat eine Bürgerkriegstruppe nach dem Muster der SA und der SS aufgestellt. In der letzten Zeit sind lastwagenweise Waffen aus Deutschland und Oesterreich in die Tschechoslovakei verschoben worden. Wir erinnern uns wieder an Ende 1932 und 1933. Wir erinnern uns, dass Goering der Polizei verbot, in braunen Häusern nach Waffen zu suchen — selbst wenn die Waffen bergehoch dort lägen. Wir erinnern uns an die frechen Märchen über die mit Waffen gefüllten Katakomben des Karl Liebknecht-Hauses in Berlin, die wenige Stunden vor dem Reichstagsbrand verbreitet wurden. Wir erinnern an die dreisten amtlichen Lügen über die Beteiligung der deutschen sozialdemokratischen Partei an der Vorbereitung des Reichstagsbrandes.

Wenn Nationalsozialisten über „marxistischen Terror“ schreien, wollen sie putschen. Der „Völkische Beobachter“ begleitet diesen Provokationsaufruf mit Lügen über einen unmittelbar bevorstehenden Putsch der „tschechischen Kommune“: „Bürgerkriegsvorbereitungen der Bolschewisten in der Tschechoslovakei“. „Geheime Befehle der Komintern. Die

Abhängigkeit Prags von Moskau durch Tatsachen bewiesen.“

Sie sind nicht originell! Als sie den Reichstag ansteckten, schrien sie, sie hätten Deutschland vor einem Marxistenputsch gerettet. Als sie in Oesterreich einfielen, behaupteten sie, die Marxisten in Oesterreich hätten gerade mit Zustimmung Schuschniggs putschen wollen. Wenn sie jetzt mit dem gleichen Schwindel gegen die Tschechoslovakei kommen, dann ist höchste Gefahr.

Die tschechoslovakische Regierung hat den Aufruf der Henleinpartei verboten. Sie hat öffentlich seine Verlogenheit und seine Ungesetzlichkeit festgestellt, sie hat angekündigt, dass sie mit grösster Energie gegen nationalsozialistische Gewaltstreiche vor-

gehen werde. Sie hat den Willen und die Macht dazu — und es ist kein Zweifel, dass ein Putschversuch Henleins in Stunden zu Ende sein würde. Die Lehren vom 21. Mai sind deutlich.

Aber diese neue Methode Reichstagsbrand zielt auf mehr. Sie zielt auf einen Vorwand für den deutschen Einmarsch in die Tschechoslovakei ab, das heisst auf einen Vorwand für die Entfesselung des Weltkrieges.

Diese verbrecherische Methode Reichstagsbrand hat seit 1933 das deutsche Volk ins Unglück gestürzt. Sie hat Europa in Verwirrung gebracht. Soll sie nun den Weltkrieg herbeiführen? Die Brandfackel ist in der Hand gewissenloser Burschen, deren terroristische Amoralität ausser aller Frage steht. Sollen sie den Weltbrand entfesseln dürfen?

Jeden Tag!

Mutschmann für den Krieg gegen die Tschechoslovakei

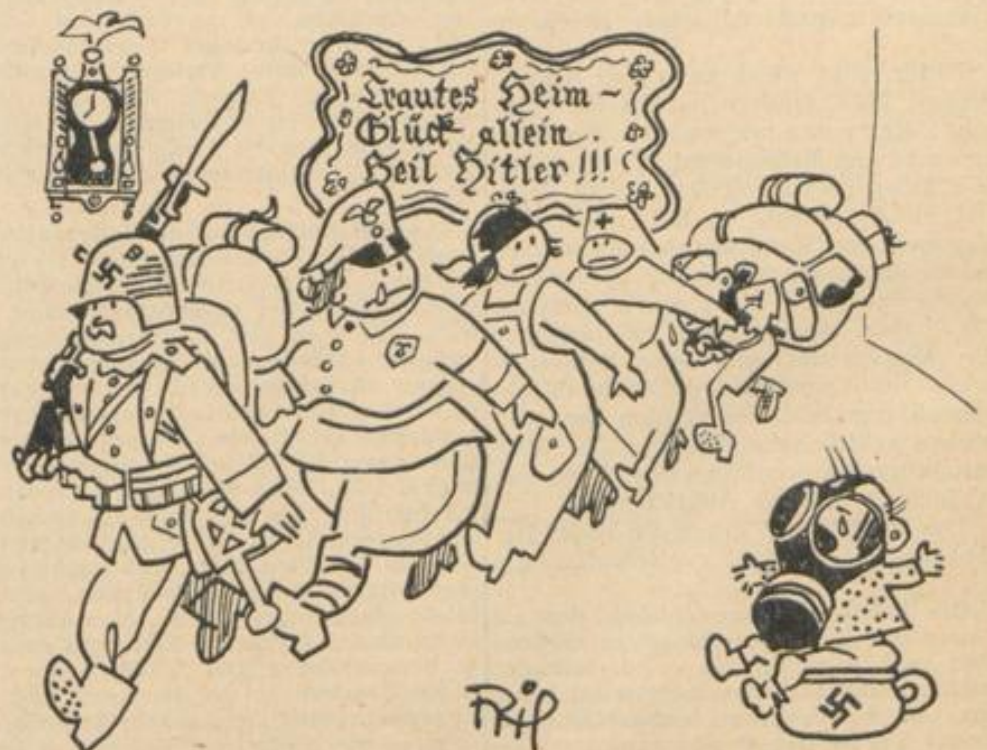
Aus Dresden wird berichtet:

Die Amtswalter der Partei, der „Deutschen Arbeitsfront“ und die höheren Führer der SS, SA und anderer Gliederungen sind hier zu einer vertraulichen Besprechung vereinigt gewesen. Unter anderen Rednern sprach auch der Reichsstatthalter Mutschmann zu den Spitzen der Bewegung. Aus seinen Ausführungen sind folgende Stellen charakteristisch:

„Der Zeitpunkt wird bald gekommen sein, wo man die Ueberheblichkeit und den schlechten Willen der leitenden Männer der Westmächte und ihrer Trabanten nicht mehr ertragen kann und den unterdrück-

ten deutschen Volksgenossen in der Tschechoslovakei Hilfe bringen muss. Es ist jeden Tag damit zu rechnen, dass es zu Selbsthilfehandlungen der Unterdrückten kommen kann und wir können bei der Unterdrückung der sudetendeutschen Volksgenossen durch die tschechischen Behörden keinesfalls untätig beiseite stehen.“

Nach Mutschmann's weiteren Äusserungen sei die Auffassung in der Führung des Reiches so, dass die deutschen Kräfte heute genügen werden, um die erhobenen Forderungen durchzusetzen. Man rechne mit dem Nachgeben der Westmächte bei schnellen Erfolgen und die werde man sicher haben. Ein Hinausschieben des Vorstosses aber werde nur Deutschlands Feinden zugute kommen.



Totale Mobilmachung

Die Gestapo hat in Berlin 18 bekannte Sozialdemokraten verhaftet. Unter den Verhafteten ist der Genosse **Franz Künstler**, früherer Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Bezirksverbands Gross-Berlin der Sozialdemokratischen Partei, sowie ein früherer Staatsminister eines deutschen Landes.

Die Verhaftung wird in Zusammenhang gebracht mit der Auflösung des Berliner Gesangsvereins „Gesellschaft der Sängerfreunde“. Der Verein hatte bei einer Veranstaltung den „Freiheitschor der Gefangenen“ aus Beethovens „Fidelio“ vorgetragen. Die Zuhörer — etwa 2 000 an der Zahl — waren tief ergriffen. Viele brachen in Tränen aus. Am Schluss kam es zu einer stürmischen Beifallsdemonstration, die zur Auflösung der Veranstaltung, zu Verhaftungen und zur Auflösung des Vereins führte.

Indessen kann Genosse Franz Künstler mit diesem Vorgang in keinen Zusammenhang gebracht werden. Er war nicht in Berlin, sondern an der Ostsee. Dort wurde er verhaftet und nach Berlin gebracht.

Diese Verhaftungen sind ebenso wie die Verhaftungen führender Sozialdemokraten in Oesterreich eine Einschüchterungsmassnahme. Sie zeigen, welche Furcht das System vor aufrechten, ungebrochenen Sozialdemokraten hat — besonders, wenn es an den Kriegsfall denkt. Diese neue Verhaftungs- und Terrorwelle ist eine Begleiterscheinung der deutschen Mobilmachung und des Kriegswillens.

Fast alle der Berliner Verhafteten sind seit 1933 ihrer Gesinnung halber schon in Gefängnissen und Konzentrationslagern gewesen. Mit Bewunderung sehen wir ihre aufrechte Haltung, wir hoffen mit ihnen auf den Tag, der Deutschland die Freiheit zurückgeben wird.

Die englische Warnung Hitler weiss, woran er ist

Am 27. August hat im Auftrag der englischen Regierung Sir John Simon die Haltung Englands zur mitteleuropäischen Frage festgelegt. Er hat die Warnung bekräftigt, die Ministerpräsident Chamberlain am 24. Mai an das Dritte Reich gerichtet hat. Die Sprache von Sir John Simon war sehr ruhig und gar nicht pathetisch, sie war eher weich — aber die Sache die er darlegte, dafür um so härter und entscheidender: ein bewaffneter Angriff Deutschlands auf die Tschechoslowakei würde den europäischen Krieg bedeuten, in dem England von vornherein gegen Deutschland stehen würde.

Die Machthaber des Dritten Reiches sehen sich einer völlig geklärten Lage gegenüber. Greifen sie zum Kriege, so werden sie gegen Frankreich, England und die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland kämpfen müssen. Ihre Hoffnungen, dass heute noch schwankende Länder wie Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien sich für das Dritte Reich opfern würden, können sie dann begraben. Was wiegt der Besuch Hortlys in Deutschland gegenüber den amerikanischen und englischen Erklärungen!

Hitler steht nicht mehr vor dem 4. August 1914, sondern nach dem 4. August! Er weiss, mit welcher Koalition er es zu tun haben wird, wenn er den Weltkrieg provoziert. Das Dritte Reich hat mobilgemacht, es hat unter dem Vorwand von Manövern den Aufmarsch seiner Truppen vollzogen. Die andern haben daraufhin nicht mobil gemacht. Sie haben der frechen militärischen Provokation das ungeheure Schwergewicht ihrer gesamten politischen Macht gegenübergestellt. Sie werden ihre vereinigte militärische Kraft in die Wagschale werfen, wenn aus dem deutschen Aufmarsch offener Angriff wird.

Das Dritte Reich gegen die Welt? Der Ausgang würde nicht zweifelhaft sein!

Der Wiener Staatsgerichtshof, der auf Grund der „Lex Schuschnigg“ in nächster Zeit von Hitler berufen wird, soll sich nicht gleich mit Schuschnigg selbst befassen. Es ist vielmehr beabsichtigt, ihm zuerst die Richter zu überantworten, die seinerzeit die beiden Dollfussmörder Planetta und Holzweber zum Tode verurteilt haben.

Einst in Deutschland

Randbemerkungen zu einem aktuellen Thema

In seiner Rundfunkrede vom 21. August hat der französische Ministerpräsident **Daladier** von den autoritären Staaten gesprochen, für deren Arbeiter es eine Begrenzung der Arbeitszeit überhaupt nicht mehr gibt. Damit hat er eine Seite des autoritären Regierungssystems berührt, die in der Tat nicht die unwichtigste ist. Die vierzehn Jahre, die Hitler die „Jahre der Schmach“ nennt, waren nämlich auch die Jahre des Achtstundentages. Es ist nur logisch, dass diese „Jahre der Schmach“ abgeschlossen wurden mit der faktischen Abschaffung jedes Normalarbeitstages und mit der Wiedereinführung der unbegrenzten Arbeitszeit.

Am 9. November 1918 wurde Deutschland Republik. Am folgenden Tage schon verkündete die erste republikanische Regierung Deutschlands, die Regierung der Volksbeauftragten: „Spätestens am 1. Januar wird der achtstündige Normalarbeitstag in Kraft treten.“ Es war das dieselbe Verordnung, die auch noch andere gute Dinge brachte, wie Anhebung des Belagerungszustandes, Freiheit der Meinungsäusserung, des Vereins- und Versammlungswesens, Abschaffung der Zensur, Freiheit der Religion, Abschaffung der Gesindeordnungen und das Frauenwahlrecht. Die Volksbeauftragten, die diese Verordnung erliessen, waren sämtlich Sozialdemokraten.

Später, als der Ausfall der Reichstagswahlen die Schaffung von Koalitionsregierungen notwendig machte, wuchsen die Schwierigkeiten. Für die Unternehmerpresse war — neben der Arbeitslosenversicherung — der Achtstundentag Wurzel alles Uebels und Ursache aller wirtschaftlichen Nöte. Im Frühjahr 1923 unternahm die Grossindustriellen ihren ersten konzentrierten Vorstoss. Sie boten der Regierung eine halbe Milliarde Goldmark an, die von der Wirtschaft aufgebracht werden sollte, forderten aber dafür „bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages volle Tariffreiheit“. Soweit, dass man sich „grundsätzlich“ im Frontalangriff gegen den Achtstundentag hätte wenden können, war man damals noch nicht, so versuchte man es mit einem Umgehungsmanöver.

Im Kampfe um den Achtstundentag blieben die Arbeiter von da ab in der Verteidigung. Im Oktober 1923 sprach **Stresemann** als Reichskanzler von der Notwendigkeit, die Arbeitszeit zu verlängern, da sonst eine internationale Anleihe, wie Deutschland sie brauche, nicht zu bekommen sei. Kurz zuvor war der volks-

parteiliche Wirtschaftsminister **v. Raumer** von seinen eigenen Leuten gestürzt worden, weil er ein Anhänger des Achtstundentages war.

In der Zeit der Stabilisierung der Mark erfolgte der erste grosse Einbruch. Man arbeitete — unter einer Bürgerblockregierung — bis zwölf Stunden täglich, doch war dies nur ein Ausnahme- und Uebergangszustand. Bei den Verhandlungen über die Bildung einer neuen Bürgerblockregierung Ende 1924 forderte die Rechte anstelle des Achtstundentages den Zehnstundentag.

Eine Wendung zugunsten der Arbeiter brachten die Reichstagswahlen von 1928 mit ihrem grossen sozialdemokratischen Wahlsieg. Gerade damals war auf einer Arbeitskonferenz in Washington ein internationales Abkommen über den Achtstundentag abgeschlossen worden; um seine Ratifizierung wurde in allen Ländern gekämpft. In seiner Regierungserklärung vom 3. Juli 1928 kündigte der neue sozialdemokratische Reichskanzler **Hermann Müller** die Ratifizierung des Abkommens durch Deutschland an.

Wenn in den sozialen Kämpfen der folgenden Zeit die Frage der Arbeitszeit gegenüber jener der Arbeitslosenversicherung und der Tariflöhne nicht mehr dieselbe Rolle spielte wie früher, so lag das daran, dass die Wirtschaftskrise Millionen auf Pfahler geworfen, andere Millionen zur Kurzarbeit gezwungen hatte. Indirekt mussten sich aber die Papenschen Notverordnungen, die eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 20. v. H. gestatteten, auch auf die Arbeitszeit auswirken, denn bei verringertem Lohn war die Lockung der Ueberstundenarbeit, wo sich noch die Gelegenheit dazu bot, grösser geworden. Die Gewerkschaften forderten in dieser verzweifelten Situation die **Vierzigstundenwoche** — eine rein oppositionell-demonstrative Forderung in einer Zeit, in der die politische und soziale Reaktion bereits die Zügel der Regierung ergriffen hatte.

Der Achtstundentag war einst das Glanzstück der deutschen Sozialpolitik, nun ging es, zugleich mit der Republik, auch mit ihm bergab. **Achtstundentag und politische Freiheit waren an einem Tage geboren**, dem 10. November 1918, und beide gingen zur selben Zeit und an denselben Ursachen zugrunde. Jetzt arbeitet ein Volk schweigender Arbeitssoldaten tagaus, tagein, wie der französische Ministerpräsident richtig feststellt, mit faktisch unbegrenzter Arbeitszeit. Das „Novemberverbrechen“ ist gründlich gesühnt.

Es liegt uns fern, aus diesen Erfahrungen der deutschen Geschichte irgendwelche unmittelbare Schlussfolgerungen für ein anderes Land zu ziehen. In Deutschland aber war der Zusammenhang zwischen den sozialreaktionären Strömungen, die sich gegen den Achtstundentag, die Tariflöhne, die Arbeitslosenversicherung richteten, mit der politisch-reaktionären Dynamik, die sich gegen die Republik wandte, offensichtlich. Daraus folgt nicht, dass soziale Positionen, die durch die Ungunst der Verhältnisse unhaltbar geworden sind, auf jede Konsequenz hin verteidigt werden müssen — die deutsche Sozialdemokratie hat das im Fall der Arbeitslosenversicherung versucht mit dem Erfolg, dass sie ihre eigene Regierung, die letzte republikanische Regierung, zu Fall brachte — was aber folgt daraus, dass zwischen den sozialen Rechten der Arbeiter und der politischen Freiheit aller Staatsbürger ein starker innerer Zusammenhang besteht. Wer diese schützen will, muss auch jetzt wachen.

In Deutschland hat ein einflussreicher Teil des Unternehmertums im Kampfe gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiter Anschluss an die äusserste Reaktion genommen. Ohne seine Hilfe wäre das Hakenkreuz nie zur Macht gelangt. Hitler nie Reichskanzler geworden. Hitler hat den Preis für diese Hilfe bezahlt, indem er alle Rechte der Arbeiter vernichtete, aber er hat nebenbei auch manche andere Dinge getan, die den Unternehmern weniger gefallen haben mögen. Die Unternehmern haben zwar, soweit sie direkte oder indirekte Rüstungsgewinnler sind, Aufträge der schweren Menge und sind in ihrer Ausföhrung durch keinen Normalarbeitstag behindert, aber dafür sind ihnen genug andere Schwierigkeiten erwachsen, und hinter allem künstlichen Glanz hockt das Grauen vor dem, was kommt.

Wenn die Bourgeoisie der demokratischen Länder aus den Erfahrungen der faschistischen Staaten lernen will, so hat sie dazu Gelegenheit genug. Aber auch die Arbeiter können aus ihnen manches lernen, vor allem dies, dass sich jede Störung im Funktionieren des parlamentarischen Systems zugunsten ihrer Gegner auswirkt. Keine der im Jahre 1918 neugegründeten Demokratien Europas ist zugrundegegangen, solange ihr parlamentarisches System normal funktionierte — und noch ist kein System gefunden, in dem die Rechte der Arbeiter besser gewahrt wären als in diesem!

Spanien kämpft für uns

Das Verbrechen der Interventionsmächte

Die Antwort **Francos** an den Nichtinterventionsausschuss ist eine zynische Zurückweisung des englischen Planes für die Zurückziehung der fremden Kombattanten aus Spanien. Sie bekräftigt den eindeutigen Interventionswillen Deutschlands und Italiens, die in immer grösserem Umfange Material und Truppen nach Spanien senden. Die letzten Reste internationaler Moral sind von den Interventionsmächten längst mit Füssen getreten worden, sie bemühen sich nicht einmal mehr, ihre Verbredere diplomatisch zu maskieren. Die demokratischen Mächte stehen einem Rattenkönig von Finten und erbärmlichen Lügen, aber auch von zynischen Eingeständnissen gegenüber, der sie selbst mit in die Verachtung der internationalen Moral und in den brutalen Gewaltzynismus hineinreissen soll. Verlegen verhandeln Frankreich und England über diese Antwort, während die Sowjetunion eine offene Aussprache über das Fiasko des englischen Planes im Nichtinterventionsausschuss fordert.

Von diesem Zynismus der Interventionsmächte hebt sich der **Heroismus des spanischen Volkes** glänzend ab. Es kämpft im dritten Kriegsjahre ungebrochen weiter — trotz Blockade und Lebensmittelmangel, trotz der Ueberlegenheit der Interventionsarmeen an Kriegsmaterial. Die Schlachten an der Ebrofront und in Estremadura sind nicht nur militärische, sondern auch vor allem moralische Siege der spanischen Republik. Die Interventionsmächte erkennen mit Ingrimm, dass alle Opfer an Menschen und Material, die sie bisher gebracht haben, sie dem erhofften Siege nicht näher gebracht haben. Das republikanische Spanien bricht nicht zusammen wie Abyssinien, es ist durch den Terror der Luftangriffe nicht zu demoralisieren. Das Scheitern der Rebellenoffensiven an der Ebrofront und in Estremadura sind nicht so sehr Niederlagen **Francos** wie Niederlagen **Hitlers** und **Mussolinis**, deren Bedeutung weit über Spanien hinaus reicht.

In diesem Kriege ist die Maske, die sich

die Interventionsmächte vorgebunden hatten, vollständig abgefallen. Sie wollten die Zivilisation in Spanien vor dem Bolschewismus retten? Ihre Taten sind eine einzige furchtbare Anklage gegen sie.

Seit dem Beginn des Krieges haben die deutschen und italienischen Flugzeuge in Spanien 1 167 **Bombardements auf offene Städte und Dörfer** im Gebiet von Regierungsspanien durchgeführt, davon mehr als die Hälfte in den ersten Monaten des Jahres 1938. Weil sie die republikanischen Truppen nicht besiegen können, sind sie zur systematischen Ermordung der Zivilbevölkerung übergegangen. Vom militärischen Standpunkt aus sind diese Bombardements blind und sinnlos. Beweis dafür ist die grosse Zahl von Bombardements auf kleine Städte, die über das ganze Land zerstreut liegen, ohne irgend eine Beziehung zur Front oder zur Kriegslage zu haben. Das ist das wahre Gesicht des totalen Krieges, den die Interventionsmächte führen. Der Zynismus der **Francosantwort** und das Verbrechen der systematischen Ermordung der Zivilbevölkerung sind einander würdig.

Das republikanische Spanien kämpft weiter — es kämpft für uns alle, es kämpft für das Recht, die Moral, für die Zivilisation gegen die Barbarei, die von Berlin und Rom aus die europäische Zivilisation bedroht.

Die deutsche Intervention

In der Nacht vom 15. zum 16. August hat der deutsche Dampfer „Porto“, aus Stettin kommend, in Cadix das folgende Kriegsmaterial für die Rebellen ausgeladen:

- 2 Marinegeschütze, Kal. 220 mm.
- 3 Batterien Geschütze Marke Krupp, Kal. 105 mm.
- 42 Ersatzlafetten für Geschütze des gleichen Typs.
- 185 Maschinengewehre.

12 Tanks, Krupp, Modell 1937, bewaffnet mit zwei Maschinengewehren und einem 50 mm. Geschütz.

500 automatische Pistolen Marke Parabellum.

6 Panzerautomobile Mercedes, bewaffnet mit je zwei Maschinengewehren.

2 horizontale Dieselmotoren zu je 100 PS.

290 Tonnen Munition.

Die Internationale an die Spanische Partei

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens hat vor fünfzig Jahren ihren ersten Kongress in Barcelona vom 23. bis 25. August 1888 abgehalten. Im Donner der Kanonen zur Verteidigung der spanischen Freiheit feiert die spanische Arbeiterklasse die fünfzigste Wiederkehr dieses Gedenktages. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat die nachfolgende Begrüssungstelegramme an die Sozialistische Partei Spaniens gerichtet:

„In keinem Moment in den fünfzig Jahren seit dem ersten Kongress der Spanischen Sozialistischen Partei war das internationale Proletariat inniger im Denken und Fühlen, in der solidarischen Aktion mit der spanischen Arbeiterschaft verbunden als während dieses verbrecherischen Krieges, den die spanische Reaktion im Bündnis mit den faschistischen Mächten gegen das spanische Volk entfesselt hat. Im Namen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale begrüssen wir an diesem wichtigen Gedenktage unsere spanische Sektion, die ihren heroischen Kampf bis zum Siege weiterführen wird, die, wie Marx es in der Deklaration zum Krieg von 1870 formuliert hat, alle ihre Kräfte einsetzt — für eine neue Gesellschaft, die nach innen keine andere Politik kennt als die Arbeit, weil sie nach aussen keine andere Politik hat als den Frieden.“

Nr 2
Mit
sche
stes,
beantw
um ih
krausl
lustrie
seine
zur
In
ner N
heiten
doxen
erlaub
Unters
perbilit
wollen
Augen
seines
spruch
Mensch
Vesen
kann e
ben, v
der Ki
die Ki
Gläubi
nicht
oder
Lehre
sehen
Jahrta
Grenze
schen
aufgeh
ren. A
von ei
stand
Dan
dass
Ableh
so kor
ial. Ga
reich,
gerlich
Sozial
könne
agogie
Die ch
gers,
Wien
tholisc
kraten
auch s
Schne
hetze
antise
als e
trag e
kehr z
als So
selber
haben
Burger
kraft e
kaum
Gleich
vorrag
in eng
stand.
zesse
besser
mert, d
fünfzi
ja, m
arweis
gensat
mitzer
österre
ner W
Erst
ler vor
ter La
dem I
Synag

Vor der Entscheidung in der Tschechoslovakei

Demokratische Gleichberechtigung oder nationalsozialistische Totalität? / Von Wenzel Jaksch

Die Verhandlungen in Prag haben einen Wendepunkt erreicht. Es müsste ein Wunder geschehen, damit sie wieder flott gemacht und zu einem guten Ende geführt werden können. Wir glauben nicht an Wunder. Die Führung der Henleinpartei hat keine Freiheit der Entscheidung mehr. Ihre direkte Abhängigkeit von Berlin tritt immer deutlicher in Erscheinung. In Berlin aber ist der emigrierte Führer der Sudeten-Nazis, Herr Krebs, ein einflussreicher Mann als Henlein. Die Prager Unterhändler der Henlein-Partei müssen in ständiger Angst leben, in Berlin in Ungnade zu fallen. Ihr weiteres Verhalten wird von dem Willen der Berliner Direktiven bestimmt sein.

Prag und Berlin

Die Partie wird also zwischen Prag und Berlin weitergespielt. Wir haben den bestimmten Eindruck, dass die Prager Regierung alles vermeiden will, was von Berlin aus als Vorwand zur Verschärfung der Lage benutzt werden könnte. Trotz wachsenden Grollen in der tschechischen Bevölkerung, welche über die reichsdeutschen Rundfunk-Angriffe und über die verschiedenen lokalen Provokationen der Henlein-Anhänger immer mehr in Empörung gerät, hat sich die Regierung entschlossen, eine neue versöhnliche Geste zu machen. Die Berufung deutscher Beamter an verschiedene leitende Stellen bedeutet in der gegebenen Situation ein wesentliches Entgegenkommen. Allem Anschein nach sind die massgebenden Faktoren der tschechischen Politik auch bereit, im Verlaufe meritorischer Verhandlungen über den Entwurf zum Nationalitätenstatut noch weitere Konzessionen zu machen. Die Prager Konzeption bewegt sich ungefähr in den Grenzen, welche Premierminister Chamberlain am 24. März 1938 im Unterhaus skizzierte hat. Die Bereitschaft „im Rahmen der Verfassung... den vernünftigen Wünschen der deutschen Minderheit entgegen zu kommen“ ist zweifellos vorhanden.

Ein Kampf um die Schuldfrage

Die Führung der Henleinpartei hat sichtlich grosse Angst vor meritorischen Verhandlungen. Sie fürchtet wahrscheinlich, dass bei diesen Verhandlungen eine Einigung in sachlichen Streitfragen keineswegs unmöglich erscheinen würde. Die tschechischen Propositionen, welche auch von den deutschen Sozialdemokraten in vielen Punkten als unzulänglich bezeichnet wurden, lassen genügend Spielraum für einen Erfolg der deutschen Unterhändler offen. In der Sprachenfrage z. B. wächst bei den tschechischen Parteien die Erkenntnis, dass eine lokale Begrenzung der Sprachenrechte der deutschen Bevölkerung nicht mehr aufrecht zu erhalten sein wird. Der dem Regierungslager angehörende tschechische Abgeordnete Professor Kozak hat bereits öffentlich für die Zuerkennung der sprachlichen Gleichberechtigung an die Sudeten-Deutschen plädiert. In den Personalfragen ist der Grundsatz der nationalen Proportionalität schon seit dem Feber-Agreement des Jahres 1937 nicht mehr umstritten. Es handelt sich lediglich um die Schaffung von Garantien für die beschleunigte und effektive Sicherung des proportionalen Anteils der deutschen Bevölkerung an der Administration. Das gleiche gilt für die deutsche Proporz-Forderung bei öffentlichen Arbeiten und Staatsaufträgen. Die Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten, welche am 12. August Lord Runciman überreicht wurde, erstattet verschiedene praktische Vorschläge, wie der Grundsatz der nationalen Proportionalität im Rahmen der demokratischen Verfassung verankert und durch paritätische Gerichtshöfe gesichert werden könnte. Auch die sudeten-Deutschen Beschwerden wegen ungenügender Förderung ihrer allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Interessen werden von tschechischer Seite faktisch nicht mehr bestritten. Es liegen bereits sehr gründlich ausgearbeitete Programme für den industriellen Wiederaufbau in den sudeten-Deutschen Notstandsgebieten vor. Zur Realisierung dieser Vorschläge gehören zwei Voraussetzungen: Innerpolitische Beruhigung und eine Auslandsanleihe. Die Henleinpartei könnte durch ein massvolles Vorgehen auf die Schaffung dieser Voraussetzungen einen günstigen Einfluss ausüben.

Der eigentliche Streit bewegt sich also nur um das System der administrativen Neuordnung der Republik. Hierbei geht es aber nicht so sehr um sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern vor allem um ideologische Gegensätze. An den ideologischen Gegensätzen drohen auch die Prager Verhandlungen zu scheitern.

Demokratische Selbstverwaltung oder nazistische Totalität?

Der Regierungsentwurf zum Nationalitäten-Statut sieht auf administrativem Gebiet die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Rahmen der Bezirke (Bezirks-

autonomie) und Länder (Länderautonomie) vor. Durch die Schaffung nationaler Kurien in den Provinzial-Parlamenten würden die Deutschen in Böhmen und Mähren repräsentative Vertretungskörperschaften mit ziemlich weitgehenden Befugnissen erhalten. Innerpolitisch gesehen, bedeutet das eine entschiedene Besserung der deutschen Position in der Administration. Die Henleinpartei ist aber in diesem wichtigen Punkte eine Gefangene ihrer nazistischen Konzeption. Ihre Vorschläge streben die Errichtung eines nationalsozialistischen Teilstaates innerhalb der demokratischen Republik an. Henlein braucht im Rahmen eines sogenannten „Volkstumsverbandes“ die totalitäre Macht über alle Sudetendeutschen, um die Tätigkeit einer demokratischen Opposition oder die Demokratisierung der sudeten-Deutschen Bevölkerung verhindern zu können. Henlein braucht die Exklusiv-Gewalt über die strategisch wichtigen Grenzdistrikte des Staates. Während die Sozialdemokraten ein Maximum von demokratischen Rechten für die Sudeten-Deutschen anstreben, will die Henleinpartei ein Maximum von totalitärer Macht. Wenn also die Henleinpartei die Verhandlungen an reinen Machtfragen scheitern lässt, so handelt sie nicht im Interesse der sudeten-Deutschen Bevölkerung, sondern als eine Filiale der Berliner Kriegspartei.

Die Mission Lord Runcimans

Auch ausländischen Beobachtern ist die Tatsache nicht entgangen, dass das sudeten-Deutsche Problem im Verlaufe einer kritischen europäischen Entwicklung von einer Rechtsfrage immer mehr zu einer Machtfrage geworden ist. Das Dritte Reich wirft sein ganzes politisches und propagandistisches Gewicht in die Waagschale, um in den Sudetengebieten eine Entscheidung zugunsten seiner Machtinteressen zu erzwingen. Die Entsendung Lord Runcimans nach Prag könnte ein guter Beitrag zur Erhaltung des europäischen Friedens sein, wenn dadurch das Interesse der demokratischen Westmächte an einer demokratischen Lösung der tschechisch-sudeten-Deutschen Differenzen manifestiert wird. Vorläufig ist noch nicht abzusehen, wie Lord Runciman seine verantwortungsvolle Mission zu erfüllen gedenkt. Obwohl es von der deutschen demokratischen Bevölkerung vielfach als Diskrimination empfunden wurde, haben wir es begrüsst, dass Lord Runciman und sein Stab von Mitarbeitern hauptsächlich den Kontakt mit Anhängern der Henleinpartei suchten. Es ist nur zu wünschen, dass sich die englischen Gäste ein nach jeder Richtung unabhängiges und objektives Urteil bilden. Sie werden dann in der Lage sein, vor der Weltöffentlichkeit ein wichtiges Zeugnis ablegen zu können, wenn die Prager Verhandlungen — wie leider vorausgesehen ist — ergebnislos enden sollten. Nicht nur offi-

zielle Beobachter, sondern auch zahlreiche englische, amerikanische, französische und skandinavische Journalisten haben in den letzten Monaten die Verhältnisse in den Sudetengebieten eingehend studiert. Sie konnten sich davon überzeugen, auf welcher Seite der Wille zum Frieden herrscht und auf welcher Seite die Politik durch Lüge, Hass und Terror diktiert wird. Wie immer also Lord Runciman seine Mission erfüllen wird — wir sehen dem Urteil der demokratischen Weltöffentlichkeit mit Ruhe und Zuversicht entgegen.

Störungsfaktor Berlin

Die nächsten Wochen werden aller Voraussicht nach eine Verschärfung der Situation bringen. Bleibt die Henleinpartei bei ihrer Weigerung, in meritorische Verhandlungen einzugehen, so kann dies nur in der Absicht geschehen, das ganze Problem auf ein anderes Gebiet zu verschieben. Die nationalsozialistischen Machthaber des Dritten Reiches brauchen für den Nürnberger Parteitag ein aufregendes Stichwort. Von Prag aus wird gewiss nichts geschehen, was zu einer dramatischen Wendung der Dinge beitragen könnte. So ist also zu befürchten, dass durch provokatorische Eingriffe von aussen die Lage verschlimmert werden könnte. Man spricht in der letzten Zeit wieder viel von der Möglichkeit spontaner Rebellionen in den sudeten-Deutschen Gebieten. Wir glauben nicht daran. Nur eine fanatisierte Minderheit, die kaum 20 Prozent der sudeten-Deutschen Bevölkerung repräsentiert, will die Rechnung mit Prag um den Preis eines Krieges begleichen. Die grosse Masse der Anhänger Henleins besteht aus mittelständischen Elementen, die um ihr Leben und ihren kleinen Besitz fürchten. Sie werden wohl mit Begeisterung an friedlichen Demonstrationen teilnehmen, aber nicht auf die Barrikaden steigen. Unruhen im sudeten-Deutschen Gebiete müssen also durch äussere Einflüsse inszeniert werden. In dieser Richtung ist Vorsicht und Wachsamkeit geboten. Die disziplinierten Anhänger der deutschen Sozialdemokratie werden, im vollen Bewusstsein der kritischen aussenpolitischen Lage, gegenüber allen Provokationen eine eiserne Disziplin bewahren. Nur ein organisierter Angriff auf die Lebensgrundlagen der tschechoslovakischen Demokratie könnte jene Gegenaktion in Gang setzen, zu denen sie wohl fähig, jedoch erst in der Stunde der grössten Gefahr bereit ist.

Vor Nürnberg

Vermutlich wird Hitler auf dem bevorstehenden Nürnberger Parteitag zum sudeten-Deutschen Problem Stellung nehmen. Kenner seiner Politik erwarten, dass er neue Drohungen mit neuen Friedensangeboten verbinden wird. Eine Version geht dahin, Hitler werde zehn Jahre Frieden für ein Plebiszit in den Sudeten anbieten.

Lex Schuschnigg

Die Tradition der Willkür

Die deutsche Regierung hat nun in der Tat das Gesetz verkündet, auf Grund dessen Schuschnigg und einige andere der früheren österreichischen Staatsmänner wegen Hochverrats vor ein Gericht gestellt werden sollen. Die Annahme, dass die verfassungsmässigen Gewalten eines souveränen Staates in Ausübung ihrer Amtsbefugnisse Hochverrat gegen einen anderen souveränen Staat begehen könnten, ist natürlich so absurd, dass sich über dieses neue Kapitel der deutschen Geschichte juristisch eigentlich nichts sagen lässt. Was über das Gesetz Schuschnigg gesagt werden könnte, ist 1933 genügend erörtert worden, als die Juristen aller Länder dem deutschen Gesetz gegenüberstanden, das von der Lubbes wegen verkündet worden war. Seit damals ist es in Deutschland rechtens, Menschen wegen Taten zu verurteilen, die zur Zeit ihrer Begehung nicht als strafbar gegolten hatten. Inzwischen ist die Analogie in das deutsche Strafrecht eingeführt worden. Inzwischen hat das deutsche Reich eine Ausbürgerungsgesetzgebung praktiziert. Inzwischen sind Bestimmungen ergangen, die sich über jedes wohlverworbene Recht auf zivilrechtlichem und staatsrechtlichem Gebiet hinwegsetzen.

In den Kulturstaaten des Westens wundern sich die Menschen und fragen: „Warum war das Gesetz erforderlich?“ Die Frage zeigt, dass die Fragesteller noch immer von der irrigen Voraussetzung ausgehen, Deutschland sei ein Rechtsstaat und Hitler, Goering, Göbbels seien moderne Staatsmänner gleich anderen, wenn auch mit grösseren Vollmachten ausgestattet. Diese irrige Auffassung, von der sogar Regierungen europäischer Mächte ausgehen, ist verständlich, aber eben unzutreffend. Sobald man sich von ihr freigemacht hat,

erledigt sich die Frage „Warum?“, noch ehe die Lippen sie formten.

Natürlich wäre es überflüssig gewesen, ein Gesetz zu verkünden, weil keinerlei andere Reflexe des In- oder Auslandes erwartet werden könnten, ob Schuschnigg nun mit Gerichtsverfahren oder ohne Eröffnungsbeschluss vom Leben zum Tode gebracht würde. Das Gesetz gegen von der Lubbe konnte noch von propagandistischer Klugheit diktiert sein. Das Gesetz gegen Schuschnigg lässt sich nicht damit erklären.

Die Frage nach dem Warum beantwortet sich leicht, wenn man die augenblicklichen Machthaber in Deutschland als das sieht, was sie sind, nämlich als nicht der Neuzeit angehörende Menschen. Sie haben es selbst oft genug gesagt, dass sie sich nicht von Motiven leiten lassen, die den Kulturmenschen des 20. Jahrhunderts selbstverständlich scheinen. Verurteilt zu brauchen, lehnen sie ab. Sobald man rückwärts an die Grenzen der Neuzeit geht, trifft man mehr ihresgleichen. Damals waren sie nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Und in jenen Zeiten begegnet man auch ihren Prozessen, die keineswegs originell sind. Maria Stuart wurde am 18. Februar 1587 enthauptet, weil sie, eine besiegte Souveränin von Schottland, angeblich Hochverrat gegen die englische Krone verübt haben sollte. Noch etwas früher gab es viele besiegte Könige, die, um ihr Leben vor einem Gerichtsverfahren des Siegers zu retten, ausser Landes flüchten mussten oder, wenn ihnen das nicht gelang, hingerichtet wurden.

Dort liegen die Wurzeln. Dort ist das „Weil“ auf die Frage „Warum?“ zu suchen. Die heutigen Machthaber Deutschlands wollen nicht einen Schein des Rechtes um das Unrecht legen, das sie tun. Sie wollen sich an der Macht, die sie innehaben, weiden. Sollten die Minister verschiedener europäischer Grossmächte etwa der

Ob in Nürnberg ein Plebiszit oder eine Autonomie à la Danzig für die Henleinpartei gefordert werden wird, dürfte durch die taktisch-propagandistischen Erwägungen Berlins entschieden werden. Immer noch scheint man sich dort der Hoffnung hinzugeben, dass durch ein geschicktes Manövrieren die englische öffentliche Meinung an dem Schicksal der tschechoslovakischen Demokratie desinteressiert werden könnte. Wir haben auch bestimmte Gründe, zu glauben, dass massgebende Faktoren des Dritten Reiches damit rechnen, die Tschechoslovakei durch ein kombiniertes System von Pressionen kapitulationsreif zu machen. Angesichts dieser Möglichkeiten sind von unserer Seite einige Konstatierungen notwendig.

1. Ein Plebiszit im Schatten der grössten Militärmaschine der Welt wäre natürlich eine Farce. Es hätte nur den Zweck, den Armeen des Dritten Reiches ohne Krieg den Weg in die Ebenen Böhmens und Mährens zu bahnen. Wer unter solchen Umständen ein Sudeten-Plebiszit fordert, verlangt von der tschechoslovakischen Demokratie, sie solle ohne Schwerlistreich kapitulieren.

2. Es wird sich als ein verhängnisvoller Fehler erweisen, mit einer Kapitulation Prags zu rechnen. Soweit wir die Lage überblicken, sind die entscheidenden Faktoren der tschechischen Politik bereit, im Rahmen, den die Rede Chamberlains gesteckt hat, seriöse Konzessionen zu machen. Auch wir deutschen Sozialdemokraten streben ein Maximum demokratischer Gleichberechtigung für die Sudeten-Deutschen an. Konzessionen, welche die Integrität des Staates gefährden, können von keiner Regierung in Prag erwartet werden. Selbst auf die Gefahr hin, allein zu bleiben, würde das tschechische Volk lieber die Waffen zur Verteidigung des Landes ergreifen.

Hitler kann verhindern, dass die Sudetenfrage auf dem Boden der tschechoslovakischen Innenpolitik durch ein Kompromiss gelöst wird. Keinesfalls aber wird es seiner taktischen Kunst gelingen, sie im Wege einer isolierten machtpolitischen Entscheidung zwischen Berlin und Prag zu lösen. An den Grenzbergen der Sudeten wird über mehr entschieden, als über das Schicksal des letzten demokratischen Staates östlich des Rheins. Immer mehr gewinnen wir die Ueberzeugung, dass in den Sudeten eine historische Entscheidung über die zukünftige Organisationsform Europas fallen wird. Die Frage steht heute so, ob in Europa das Zusammenleben freier und gleichberechtigter Völker gesichert werden kann, oder ob die Hegemonie-Politik des nazistischen Imperialismus die friedliche Welt zu einem neuen blutigen Waffengang herausfordert. Führt die Berliner Politik diese tragische Wendung herbei, dann wird sich an dem Schicksal der Tschechoslovakei die Zukunft aller kleinen Staaten und aller freien Völker Europas entscheiden!

Auffassung sein, dass sie nach einer Niederlage ihrer Länder nur wegen wirklich begangener strafbarer Handlungen hingerichtet werden würden, so könnte das für sie höchst unangenehme Folgen haben.

Bischof Sproll ausgewiesen

Bischof Sproll von Rottenburg ist aus Württemberg ausgewiesen worden. Vor kurzem erst war er in seinen Bischofssitz zurückgekehrt. Er hatte seinen Willen bekundet, dort auszuharren, im Einklang mit dem Wunsche des Vatikans. Die Antwort der Nazibehörden auf diese Erklärung besteht in der Ausweisung. In Wahrheit aber ist Bischof Sproll ausgewiesen worden, weil er an dem Plebiszit vom 10. April nicht teilgenommen hatte. Die Ausweisung hat im Vatikan starke Erregung hervorgerufen. Man erblickt darin eine Massnahme, die dem Geist und dem Buchstaben des immer noch in Kraft befindlichen Konkordats widerspricht.

Diese Ausweisung hat indessen noch eine grössere Bedeutung als die einer Aktion in der deutschen Religionsverfolgung. Sie enthüllt, was es mit den sogenannten Volksabstimmungen in Deutschland auf sich hat. Das Dritte Reich erwartet von jedem, der über einen wie immer gearteten geistigen Einfluss auf Menschen verfügt, dass er sich willenlos und unterwürfig in den Dienst der Propagandamaschine stelle und den Wahlbetrug unterstützt. Die Ausweisung des Bischof Sproll ist die Rache an einem Manne, der sein Gewissen und sein Rechtsgefühl höhergestellt hat als die terroristischen Befehle der braunen Propagandamaschine. Sie ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass alle sogenannten Abstimmungen im Dritten Reich reine Terrorakte sind, die mit wirklichen Abstimmungen nichts zu tun haben.

Berichte aus Deutschland

Die Strasse frei! Schwindel um den Stettiner Vulkan

Ohne Lügen geht es bei ihnen nicht

Mit schallendem Martinshorn, weithin kreischend, schrillend, warnend jagt ein Auto durch die Strassen.

Alle andern Fahrzeuge, alle Autos, Strassenbahnen und was sonst noch Räder hat, machen Halt und geben dem dahersausenden Ungeheuer die ganze Strassenbreite frei. Die Fussgänger eilen in wilder Flucht vom Fahrband.

Und da kommt es auch schon mit Blitzeile herangesaust und — ist wieder verschwunden.

Feuerwehr? Sanitätswagen? Ueberfallkommando?

Nichts von alledem. Sondern: die Luxuslimousine eines der Führer, eines der braunen Bonzen.

Der erschreckte und erstaunte Passant, der den Vorgang zunächst etwas rätselhaft findet, wird sich bald an ihn gewöhnt haben, wie man sich ja an noch ganz andere Dinge nachgerade gewöhnt hat im Verlauf der letzten fünf Jahre. Die Sache ist nämlich ganz einfach die, dass der Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei, Herr Himmler, neulich eine neue Verkehrsverordnung von sich gegeben hat, aus der wir den folgenden Passus zitieren:

„Kraftfahrzeuge des Reichsministers des Innern, der Reichsstathalter, der Ministerpräsidenten der Länder, der Oberpräsidenten, der Leiter der höheren Verwaltungsbehörden und der Landräte führen auf Dienstfahrt Warnsignale, abgegeben durch mehrstimmiges Signalinstrument — das sogenannte Martinshorn — und blaues Kennlicht. Den Fahrzeugen ist schon bei ihrer Annäherung freie Bahn zu schaffen. Alle auf der Strasse befindlichen Fahrzeuge haben zu diesem Zweck rechts heranzufahren und vorübergehend zu halten. Die Polizeibehörden sind angewiesen, bei Nichtbeachtung der Warnsignale sofort gegen die betreffenden Fahrer einzuschreiten und deren Fahrzeuge sicherzustellen.“

Die Führer haben es eilig, furchtbar eilig, und wer ihnen in den Weg kommt, gegen den wird eingeschritten, der wird „sichergestellt“.

Zu der Verordnung dürfte weniger das phantastische Arbeitstempo der braunen Landvögel Anlass gegeben haben, als die Erwägung, dass man sich mit 100 Kilometern Stundengeschwindigkeit vor etwaigen Attentätern einigermaßen sicher fühlt.

Darum also: die Strasse frei den braunen Limousinen! . . .

Kolonialpropaganda — aber ohne Erfolg

Ueber die Kolonialpropaganda liegen uns folgende Mitteilungen aus dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig des Reichskolonialbundes vor:

Seit dem Herbst 1936 hat der Reichskolonialbund in unserem Gau eine ziemlich starke Werbearbeit durchgeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler keine Kolonialforderungen erhoben; das wurde sogar von der Hand gewiesen. Es hiess, man hätte Wichtigeres zu tun. Und tatsächlich lagen ja auch die Wehrpflicht, Rüstung, Besetzung des Rheinlandes näher. Erst 1936 sprach Hitler von den Kolonien. Im Herbst dieses Jahres wurden die kolonialen Vereine im Reichskolonialbund zusammengefasst, um „eine koloniale Front aufzubauen und den Gedanken der Kolonien in das Volk zu tragen“. Seit dieser Zeit war, wie Hitler sagte, der Ruf nach Kolonien so stark im deutschen Volke, dass er nie wieder verstummen werde. Ist es dem deutschen Volke wirklich ein inneres Bedürfnis, in diesen Ruf einzustimmen? Wie sind — an nüchternen Zahlen gemessen — die Erfolge der Kolonialpropaganda?

Im Winterhalbjahr 1937/38 veranstaltete der Reichskolonialbund laut seinem Rechenschaftsbericht im Gau 264 Vorträge und öffentliche Kundgebungen, eine grosse Kolonialausstellung und eine kleinere Kolonialschau. Insgesamt nahmen 105 000 Besucher an allen diesen Veranstaltungen teil. Daneben wurden eine grosse Zahl Vorträge in den Betrieben abgehalten. In denen wahrscheinlich dieselbe Zahl Teilnehmer gezählt wurde. Im Mai dieses Jahres wurde die „Kolonialschule Hannover“ ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe soll sein, dem Handwerker und Techniker das notwendige Wissen für die Arbeit in den Tropen zu vermitteln und besonders die Jugend für Kolonialarbeit zu begeistern und zu schulen. Daneben wird die Schule eine rege Aufklärungstätigkeit entfalten. Im Vordergrund dieser Arbeit werden stehen: Deutschlands koloniale Forderung; Notwendigkeit eigenen Kolonialbesitzes; koloniale Arbeit und Leistung der nordischen Rasse; Deutschlands klarer Rechts-

Man schreibt uns aus Stettin:

In allen deutschen Zeitungen wurde kürzlich mit grossem Applomb verkündet, die Arbeit auf der 1928 stillgelegten Stettiner Vulkan-Werft sei wieder aufgenommen worden und dieser in den „Jahren der Schmach und der Misswirtschaft“ stillgelegte Betrieb sei unter der Herrschaft Adolf Hitlers zu neuem Leben erblüht.

Nun wäre es an und für sich natürlich gar nichts so Verwunderliches, wenn die Vulkanwerft — auf der einst in der Vorkriegszeit ein wesentlicher Teil der wilhelminischen Kriegsflotte vom Stapel lief — im Rahmen der braunen Rüstungskonjunktur von neuem in Betrieb genommen und in den Dienst des umfangreichen Flottenbauprogramms gestellt worden wäre. Dennoch: die Nachricht ist eine Lüge. Sie hängt mit einer ganz tollen und dreisten Bluffaktion zusammen, die in Stettin jüngst in Szene gesetzt ward, wobei sich die Zeitgenossen darüber streiten, ob die Anregung zu dem ganzen Schwindel vom Herrn Generalfeldmarschall, dem hohen Lenker des Vierjahresplans ausging, oder ob sie in dem auf solche Sachen trainierten Köpfchen des pommerschen Gauleiters Schwede das Licht der Lüge erblickt hat.

Wie dem auch sei, die Sache verhält sich jedenfalls so:

Man ist in Stettin — auch in den Krei-

anspruch auf die Rückgabe seines Ueberseegebietes. Daneben soll die Schule bewusste junge Leute „auf die koloniale Arbeit von morgen“ vorbereiten. Lichtbildervorträge lauten: „Unser Kamerun“, „Unser Südwest“, es wird die Arbeit im kolonialen Umschulungslager Bitterfeld sowie in der kolonialen Frauenschule Rendsburg gezeigt.

Im Herbst 1936 hatte der Reichskolonialbund im Gau Süd-Hannover-Braunschweig 3 600 Mitglieder. In eineinhalb Jahren gelang es nach einer umfangreichen Agitation in Stadt und Land, wofür ein hauptamtlich tätiger Funktionär angestellt wurde, die Mitgliederzahl im genannten Gau auf kaum 40 000 zu erhöhen. Der Erfolg ist nicht erheblich, wenn man bedenkt, dass etwa 1 500 000 organisationsfähige Menschen im Gau vorhanden sind. Der Reichskolonialbund hat demnach nur 2,6 Prozent der Menschen erfasst. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch die Mitgliedschaft im Reichskolonialbund als eine Ehrenpflicht jedes Deutschen bezeichnet wird und dass, vor allem in kleineren Orten, ein Druck hinsichtlich des Beitrittes ausgeübt wurde. Zu anderem geht es aus dieser geringen Mitgliederzahl hervor, dass die Organisationsmüdigkeit infolge der Ueberorganisation sehr gross und die Belastung durch die vielen Beitrittszahlungen sehr hoch ist. Unter diesen Umständen ist es in den Betrieben immer möglich gewesen, sich der Kolonialpropaganda und der Beitragsszahlung dafür zu entziehen.

Aus dem Saargebiet Die Lage der Arbeiter

Ein perfekter Schreiner, der im Saargebiet früher 6 Frs. Stundenlohn bezogen hatte, das war eine Mark, bekommt jetzt 66 Pf. Um etwas zu verdienen, muss er also 10 bis 12 Stunden arbeiten.

In einem grossen Hüttenwerk wird an Tagelöhner 56 Pf. und an Facharbeiter 70 Pf. Stundenlohn gezahlt. Das soll den früheren Frankenlöhnen entsprechen. Im Verhältnis zu dem, was man kaufen kann, ist es viel weniger und die Lage dieser Arbeiter hat sich ausserordentlich verschlechtert. Darüber kann man in den Wirtschaften viele spitze Bemerkungen hören. „Was hast Du denn zu klagen, mach viel Schichten, dann kannst Du auch etwas verdienen“. „Warum trinkst Du denn Wasser, Du hast doch sonst immer Gerstensaft bevorzugt?“. „Bei dem Einkommen muss man zum Wasser übergehen. Man kann stundenlang bei einem Fläschchen sitzen.“ Am Kirchweihtag zahlt ein Arbeiter seine 3 Glas Bier mit einem 2 Markstück und sagt: „Jetzt ist das Kerwegeld schon bald ausgegeben. Früher konnte man sich 20 M. oder 120 frs. leisten“. Ein Geschäftsmann kommt ins Lokal und sagt: „Heil Hitler“. Ein Arbeiter erwidert ihm: „Du bist aber auch nicht reicher geworden mit Deinem Heil Hitler“. Das Servierfräulein fragt einen Arbeiter, wollen Sie die Zigarre zu 6 zu

sen der Parteinazis — seit langem schon einigermaßen ungehalten darüber, dass die pommersche Hauptstadt keineswegs in dem ihr gebührenden Masse an der Rüstungskonjunktur Anteil hat. In den Jahren vor dem Umsturz hatten die pommerschen Naziblätter die „Diktatur“ und die „Pommersche Zeitung“ ständig den „Marxisten“ vorgeworfen, sie trügen die Schuld am Zusammenbruch des Vulkan, und sobald der Führer die Macht errungen habe, werde alles anders werden und der Vulkan neu erstehen, wie der Vogel Phönix aus der Asche.

Es kam das Dritte Reich, und in der Tat erstand auf dem Gelände der Vulkan-Werft zunächst neues Leben und Treiben, — wenn auch in anderer Form als man es sich gedacht hatte: auf dem Gelände erhoben sich in den Jahren 1933-34 die Baracken eines Konzentrationslagers, in dem viele tapfere illegale Kämpfer von SA und SS-Leuten auf viehische Weise misshandelt wurden und mancher von ihnen das Leben lassen musste. Ende 1934 wurde diese Stätte des Grauens geschlossen und die Belegschaft auf andere Kazetlager verteilt. Von einer Wiedereröffnung des Werftbetriebs war nie mehr ernstlich die Rede.

Und jetzt? Was ist jetzt geschehen? Faktisch: nichts.

10 oder zu 25? Der Arbeiter sagt: „Geben Sie mir die Hitlerzigarre“. Damit meint er die zu 25 und ironisiert den hohen Preis. Bemerkungen wie: „Bei diesem Lohn können wir bald verhungern“ sind keine Seltenheit. Immer wieder wird auf die früheren, besseren Verhältnisse hingewiesen und man kann sogar Bahnbeamte solche Bemerkungen machen hören. Die Polizeistunde ist an der Grenze für dieses Jahr auch am Kirmestag auf 12 Uhr festgesetzt. Ein Wirt wurde für eine Ueberschreitung mit 150 M. bestraft.

Militärischer Grenzschutz

Der Grenzschutz wurde erneut verstärkt, alte Beamte wurden abgelöst und durch neue ersetzt. Darunter sind viele, die 12 Jahre in der Reichswehr gedient haben. Man nenn sie „die Zwölfpfündigen“. Die Absperrung der Grenze mit Draht wurde zuerst als vereinzelt Massnahme an besonderen Stellen betrachtet. Man sieht aber jetzt, dass grosse Waldstrecken mit Maschen und Stacheldraht eingezäunt werden. Witzige Leute sagen deshalb, bald wird ganz Deutschland eingezäunt sein. Das Ueberschwimmen der Saar und Blies durch Badende wird mit 25 M. bestraft. Als Begründung wird die Kartoffelkäfergefahr angeführt. Fast sämtliche 25 bis 28-jährige befinden sich gegenwärtig beim Militär und zwar diejenigen, die noch nicht Soldat waren. Sie müssen eine achtwöchige Ausbildungszeit durchmachen. Nach 14 Tagen konnten die meisten schon in Urlaub fahren. Dabei erfährt man, dass die Unzufriedenheit sehr gross ist. Die Löhnung für 10 Tage beträgt 5,20 M. Infolge der schlechten Verpflegung müssen die Leute viel eigenes Geld aufwenden. Sie spotten darüber, weil es jetzt soviel Gurkensalat gibt. Man will herausgefunden haben, dass sich dieses Nahrungsmittel schlecht verdaut und deshalb lange kein Hungergefühl erzeugt. Es wird deshalb häufig verabreicht. Die Fettaggen auf der Suppe sind sehr rar und die Fleischportionen klein und nicht ausreichend für den harten Dienst. Auch diesen Leuten wird erzählt, durch die Ansammlung französischer Truppen bestehe eine Kriegsgefahr.

Höherer Lohn — strafbar

In Köln hatte ein Bauarbeiter gekündigt, weil er bei einer andern Firma einen höheren Lohn verdienen konnte. Nach Ablauf der dreitägigen Kündigungsfrist wurden ihm seine Papiere verweigert. Er klagte auf Grund der Tarifordnung auf Schadenersatz für den Lohnausfall für die Zeit, während der er wegen der fehlenden Papiere keine andere Arbeit annehmen konnte.

Die Klage wurde abgewiesen, da die Einstellung von Bauarbeitern der schriftlichen Zustimmung des Arbeitsamtes bedarf. Wenn diese Zustimmung fehle, so mache sich sowohl der neue Arbeitgeber wie der Arbeiter strafbar. Deshalb könne auch der

Ein aus 80 Teilnehmern bestehender Umschulungskursus — in dem Arbeiter aus anderen Berufszweigen für die Rüstungsindustrie umexerziert werden — geht statt in irgend einer anderen Räumlichkeit in einem der alten Vulkan-Gebäude vor sich, das zu diesem Zweck vom Arbeitsdienst ein bisschen gesäubert und hergerichtet wurde. Und diese kaum der Erwähnung wertige Tatsache ist in Stettin mit ungeheuren Prunk, mit Fahnen, Böllerschüssen und SA-Aufmärschen, mit Reden des Gauleiters und anderer Grössen, mit Telegrammen an Hitler und Göring usw. usw. gefeiert worden, — gefeiert als „Wiedergeburt des Vulkan“ und als „Beginn einer neuen Epoche in der Geschichte Stettins.“

Man sollte es sogar in unserer Zeit nicht für möglich halten, aber es ist tatsächlich so: achtzig Kursteilnehmer empfangen ihre Unterweisung statt wo anders in einem leerstehenden Vulkangebäude und dieses Ereignis muss von den dankbaren Stettinern als neue Erlösungstat des Führers festlich unjubelt werden! . . .

Dem Herrn Gauleiter Schwede, der früher als erster Nazibürgermeister (in Gensburg) von sich reden machte, muss man lassen: in der Errichtung polemischer Schwindelkulissen hat er eine bemerkenswerte Übung.

Keine Sommergäste im Taunus

Wir erfahren aus Frankfurt (Main): In Königstein im Taunus, früher sehr gesuchter Badeort, ist bis jetzt in den Hohen noch kein nennenswerter Besuch von Sommergästen zu verzeichnen. Früher war dies alles schon im voraus ausverkauft. Die Hotelliers klagen sehr darüber, sie haben zudem Angst, dass in den kommenden Jahren die deutschen Gäste, weil sie früher keine Gelegenheit hatten (Devisen und Pässe), um ins Ausland zu reisen, nunmehr wo der Anschluss mit Oesterreich vollzogen ist, dort ihre Ferien verbringen.

Uebrigens ist am Feldberg alles fertig. Ganze Strecken sind den Bewohnern untersagt zu besuchen. Ueberall liegt Militär und Wachtposten stehen Tag und Nacht bereit, damit das Gelände von Unbefugten nicht betreten wird. Diese Massnahmen regen die ansässigen Bewohner in zweifelhafte Form. Erstens weil sie keinen Zutritt haben zu Wäldern und Ausflugspunkten, wo sie früher gewohnt waren, ihre Freiheiten zu verbringen, und ausserdem weil ihnen alle diese militärischen Befestigungen und Massnahmen nicht geheuer sind und die Kriegsangst dadurch nur verstärkt wird. Der so oft betonte „Friedenswille“ des Führers kommt jedem Menschen nur vor wie die Kulisse, hinter der das ganze Volk kriegsfertig gemacht wird.

Wirkungen des Festungsbaus

Wir erfahren aus der Pfalz: In den letzten Tagen erleiden viele Züge erhebliche Verspätungen. Das ist besonders für die Arbeiter und Angestellten sehr unangenehm, die pünktlich zur Arbeit erscheinen sollen und sich jetzt fast täglich entschuldigen müssen. In einem Ort an der Saargrenze wurde deshalb Beschwerde geführt. Den Beschwerdeführern wurde gesagt, die Bahnverwaltung sei hier ohnmächtig, zuständig sei die Militärverwaltung. Infolge der Materialtransporte gibt es überall Stockungen, weil es auf den meisten kleinen Bahnhöfen entweder keine oder nur kurze Ausweichgeleise gibt. So weit mit der Behebung des Uebelstandes begonnen ist, gibt es Störungen durch die Bauarbeiten. Auch die Laderampen lassen sich nicht einfach hinzaubern. So kommt es also, dass fahrplanmässige Züge angehalten werden, weil auf der Strecke Züge stehen, die noch nicht entladen sind.

Rasse, Christentum, Sozialismus

Judentum und Sozialdemokratie Von Friedrich Stampfer

Mit Hohngelächter hat die nazistische Presse den Ausspruch des Papstes, dass er keine Rassen kenne, beantwortet. Sie hat diesen Ausspruch um ihn zu widerlegen, mit Bildern umkraushaariger, plattnasiger Neger illustriert und den Papst gefragt, ob er seine Schwester einem solchen Mann zur Frau geben wollte.

In der Tat, der Papst geht mit seiner Negation der Rassenverschiedenheiten bis an die Grenze des Paradoxen — doch ist das zu tun gerade erlaubt. Sicher hat auch er nicht die Unterschiede der Hautfarbe, der Körperbildung, der Kulturstufe leugnen wollen, die jedem Beobachter in die Augen springen; er hat aber, wie es seines Amtes ist, bei seinem Ausspruch nicht an das Aeusserere des Menschen, sondern an ihr inneres Wesen, ihre Seelen, gedacht. Hier aber kann es für ihn keine Konzessionen geben, wenn er nicht die Fundamente der Kirche in die Luft sprengen will: die Kirche kann die Menschen nur in Gläubige und Ungläubige teilen, aber nicht in Weisse oder Schwarze, Rote oder Gelbe, Semiten oder Arier. Der Lehre von der Gleichheit der Menschen vor Gott dankt sie die Kraft, Jahrtausende zu dauern und über Grenzen, Berge, Meere hinweg Menschen zu binden. Sie kann sie nicht aufgeben, ohne sich selber zu verlieren. Aus der Ueberwindung der Lehre von einem „ausgewählten Volk“ entstand das Christentum.

Damit soll keineswegs gesagt sein, dass die katholische Kirche in der Ablehnung des Antisemitismus immer so konsequent war, wie sie es jetzt ist. Ganz besonders hat sie in Oesterreich, um den Kampf gegen den bürgerlichen Liberalismus und die junge Sozialdemokratie besser führen zu können, bei der antisemitischen Demagogie ausgiebig Anleihen gemacht. Die christlich-soziale Partei Karl Luegers, die um die Jahrhundertwende Wien beherrschte, eine Partei, die katholische Geistliche und Hocharistokraten zu ihren Führern zählte, hatte auch schon ihren Streicher, der damals Schneider hiess und an toller Judenhetze auch dem wildesten Rassenantisemiten nichts nachgab. Freilich, als er im Wiener Reichsrat den Antrag einbrachte, den „Geschlechtsverkehr zwischen Menschen und Juden“ als Sodomie zu bestrafen, mag er sich selber nicht ganz ernst genommen haben; dass dieser Antrag einmal vom Burgenland bis zum Rhein Gesetzeskraft erlangen könnte, wird ihm selber kaum in den Sinn gekommen sein. Gleichviel, dieser Schneider war hervorragendes Mitglied einer Partei, die in enger Verbindung mit der Kirche stand. Man begreift die neuesten Exzesse des braunen Janhagels in Wien besser, wenn man sich der Rolle erinnert, die der Antisemitismus schon vor fünfzig Jahren in Wien gespielt hat, ja, man kann die Vermutung nicht abweisen, dass auch der bekannte Gegensatz zwischen Faulhaber und Innitzer in der Lueger-Tradition des österreichischen Episkopats eine seiner Wurzeln hat.

Erst als der alldeutsche Georg Ritter von Schönerer, Hitlers bewunderter Lehrmeister, stimmungsgewaltig auf dem Plan erschien, um Kirche und Synagoge in eine Pflanze zu hauen,

als das Wort von Mund zu Mund ging:

Nicht von Juden, nicht von Rom wird gebaut Germaniens Dom... als die „Los von Rom“-Bewegung mit Kirchenaustritten um sich griff, erst jetzt begann man sich klar darüber zu werden, dass jede Judenhetze im Geist schon eine Christenhetze ist und auch materiell gar leicht in eine solche umschlagen kann, und nun kehrte die Kirche auch ideologisch wieder zu sich selber zurück.

Konsequent in der Ablehnung jeder Rassenhetze waren die sozialistischen Arbeiter von Wien, wie überhaupt die sozialistische Arbeiterbewegung in der ganzen Welt. Eine spätere Zeit, die auf die Verirrungen der gegenwärtigen mit Entsetzen und Verachtung zurückblicken wird, wird ihr dies zu hohem Ruhme anrechnen. Wenn die Kirche nur Gläubige und Ungläubige kennt, so kennt die sozialistische Arbeiterbewegung nur Ausgebeutete und Ausbeuter, Unterdrückte und Unterdrückter; sie kämpft für die einen gegen die andern, ohne nach Rasse, Nation oder Religion zu fragen. Damit hat sie die transzendente Humanität der Kirche in eine diesseitige umgewandelt und das Christentum praktisch gemacht. Was besonders die deutsche Sozialdemokratie betrifft, so hat sie in ihr Heidelberger Programm von 1925 den schönen Satz aus dem Dokument von Erfurt wieder aufgenommen, sie bekämpfe nicht bloss die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung. „richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“.

Damit stand ihre Stellung zum Judentum eindeutig bestimmt. Die Partei hat nicht nur in völliger Vorurteilslosigkeit einen Teil ihrer Führer dem Judentum entnommen, nicht nur

stets im Vorkampf gegen die antisemitische Volksverdummung gestanden, sie hat auch jene einzige Periode der deutschen Geschichte heraufgeführt, in der die Juden überall im Staatsleben wirklich gleichberechtigt gewesen sind. Heute, wo die Juden eine grausam unterdrückte Rasse darstellen, kann über die Haltung der Partei erst recht kein Zweifel sein: sie sieht, wie ihr Programm und ihre tief menschliche Gesinnung es ihr vorschreiben, zu den Verfolgten.

So also steht die Sozialdemokratie zu den Juden, aber es ist eine ganz andere Frage, wie diese zu ihr stehen. Die dem Judentum entstammenden Führer der Partei können für dieses Verhältnis keineswegs bestimmend sein, denn der Eintritt in die Partei bedeutete für sie die Trennung vom Judentum, wenn diese nicht schon zuvor vollzogen war, und ein völliges Aufgehen in der Masse der grossen deutschen Arbeiterpartei. Nur in Osteuropa hat es sich ereignet, dass Juden nicht nur als Proletarier oder überzeugte Sozialisten, sondern eben auch als Juden, als Angehörige einer unterdrückten Rasse, Anschluss an die grosse Bewegung nahmen, die für die rechtliche Gleichheit aller Menschen, ohne Unterschied der Klasse und der Rasse, kämpft. Aber auch hier waren es wieder fast ausschliesslich nur die armen Juden, die diesen Weg fanden, während das jüdische Bürgertum allem, was Sozialismus heisst, misstrauisch, bestenfalls indifferent, gegenüberstand.

Gilt das für den Osten, so gilt es in noch weit höherem Masse für Deutschland und für die ganze westliche Welt. Das Judentum ist in der Zeit seiner grössten Katastrophe klassenmässig zerrissen und politisch desorientiert. Es ist weit davon entfernt, für die Wiederherstellung seiner Gleichberechtigung zu kämpfen

und in diesem Kampf die Bundeshilferer zu suchen, die ihrem Programm und ihrem Wesen nach in die gleiche Richtung drängen müssen. Es ist gar nicht kämpferisch gesinnt und steht in seiner Geisteshaltung Tolstoi viel näher als Marx oder Lassalle.

Gewiss, seine tatsächliche Haltung ist die bündigste Widerlegung der antisemitischen Ammenmärchen über das Verhältnis zwischen Judentum und Sozialdemokratie. Das Judentum als solches, so kann man mit gutem Gewissen sagen, kümmert sich gar nicht um die Sozialdemokratie, es ist in dem Kampf, der für die Freiheit in Deutschland und damit auch für seine Gleichberechtigung geführt wird, weit mehr Objekt als Subjekt. Es ist, soviel ich weiss, nie auf den Gedanken gekommen, dass es durch eine aktivistische Organisation seiner Intelligenz, seiner internationalen Beziehungen und seiner Finanzkraft für die Führer des Dritten Reiches wirklich der gefährliche Feind werden könnte, der es nur in ihrer Phantasie ist. Es scheint viel eher bestrebt, durch sein Verhalten den Beweis seiner vollkommenen Harmlosigkeit abzuliegen, was für den Gegner allerdings nur ein Grund sein kann, es noch fester mit seinen Nagelschuhen zusammenzutreten.

Nun kann man von den Juden, einer kleinen Minderheit, bestimmt nicht sagen, was von der Arbeiterklasse mit besserem Recht gesagt wird: „Seine Befreiung kann nur ihr eigenes Werk sein“. Sie sind ein kleines Häuflein und bedürfen gar sehr der Hilfe aller anständigen Menschen in der ganzen Welt, wenn sie wieder zu ihrem Recht kommen wollen. Aber so kann es auch nicht sein, dass sie dabei stehen und zusehen, wie die andern es machen. In dieser Zeit zählt nur, wer kämpft!

Friedrich Stampfer.

Die Arisierung — ein Geschäft

Methoden der braunen Räuberei

Die deutsche Plutokratie, die einst sich des Nationalsozialismus als willfährigen Instruments zur Knebelung der Arbeiterschaft glaubte bedienen zu können, musste erleben, dass sich das Instrument zum Herrn erhoben hat. Die ich rief, die Geister... Die Herren, die im republikanischen Staat ihren Gegenstaat organisiert hatten, um die Republik ganz in ihre Gewalt zu bekommen, sind nunmehr zu Objekten der nationalsozialistischen Staatsgewalt herabgesunken. Sie haben ihre Macht dazu ausgenutzt, sich von der Republik mit Staatssubventionen über Wasser halten zu lassen, sie sind im Dritten Reich soweit gesunken, dass sie sich mit den Brocken, die beim Raub an ihren jüdischen Kollegen abfallen, für ihr Wohlverhalten belohnen lassen. Es ist eine Expropriation von Expropriateuren zugunsten anderer Expropriateure, die sich voraussichtlich an diesen noch einmal bitter rächen wird.

In den Aufsichtsratsposten der grossen Industriegesellschaften sind Macht und Einkommen kumuliert. Sie werden den Juden, aber nicht nur ihnen, sondern auch anderen unerwünschten Elementen der Plutokratie genommen, um denen gegeben zu werden, an denen das Regime sein Wohlgefallen haben darf. Die folgende, der Zeitschrift „Der Wirtschafts-Ring“ vom 19. August 1938 entnommene Liste zeigt die Veränderungen, die in den grossindustriellen Aufsichtsräten in einer einzigen Woche vor sich gegangen sind:

Direktor Richard Merton (Frankfurt am Main), Dr. Ing. Max Ludwig (Berlin), Ernst Schäfer (Brunskappeln) und Generalkonsul Freiherr von Schön sind aus dem Aufsichtsrat der Stolberger Zink-

A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Aachen, ausgeschieden.

Wirtschaftstreuhand Georg Boness (Berlin) wurde in den Aufsichtsrat der Bata-Schuh-A.G., Ottmuth (O.S.) gewählt, aus dem Dr. Jan A. Bata ausgeschieden ist.

Bankier Alfred Kurzmeyer (Berlin) wurde dem Aufsichtsrat der Brown Boveri und Co. A.G., Mannheim, zugewählt, aus dem Dr. von Burgsdorff, Kommerzienrat Julius Geyer und Generalkonsul Rudolf Löh ausgeschieden sind.

Dr. Georg von Schnitzler und Direktor Eduard Weber-Andreas (beide I. G. Farbenindustrie A. G., Frankfurt am Main) wurden dem Aufsichtsrat der Kalle und Co. A. G., Wiesbaden-Biebrich, zugewählt.

Direktor Karl Siegfried Ritter von Georg (Metallgesellschaft, Frankfurt am Main) und Adolph Ratjen (Delbrück, Schickler und Co.) wurden in den Aufsichtsrat der Schlesischen Bergwerks- und Hütten-A. G., Beuthen, gewählt.

Bankier Augst von Finck (Merak, Finck und Co., München), Dr. Walther Frisch (Hardy und Co., Berlin), Staatsfinanzrat a. D. Hans Weltzien (Berliner Handels-Gesellschaft) und Dr. Fritz Wintermantel (Deutsche Bank, Berlin) wurden in den Aufsichtsrat der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen A. G., Berlin, gewählt, aus dem sechs frühere Mitglieder ausgeschieden sind.

Direktor Krecke (Berliner Kraft- und Licht-A. G.) und Dr. C. Wendt (Essen) sind aus dem Aufsichtsrat der Auto-Union A. G., Chemnitz, ausgeschieden.

Dr. Friedrich Karl Fessel und Regierungsbaumeister a. D. Arthur Schalkau (beide Norddeutsche Kabelwerke A. G.) wurden dem Aufsichtsrat der Volla-Werke, Elektrizitäts-A. G., Berlin-Weidmannslust, zugewählt, aus dem Bankier

Louis Hagen und Dr. Hermann Sinnhuber ausgeschieden sind.

Direktor Georg Gasper ist aus dem Vorstand der Humboldt-Deutz-Motoren A. G., Köln, ausgeschieden; an seine Stelle tritt Direktor Dr. Heinrich Giesbert (zur Zeit Duisburg).

Generaldirektor Kesten (Gelsenkirchen) wurde dem Aufsichtsrat der Didier A. G., Berlin, zugewählt, aus dem Rechtsanwalt Dr. Kempner (Berlin) ausgeschieden ist.

Dr. Fritz von Opel (Rüsselsheim), Adolf Ratjen (Delbrück, Schickler und Co. Berlin) und Direktor Max Hoeselt (Commerz- und Privat Bank, Berlin) wurden in den Aufsichtsrat der Rudolph Karstadt A. G., Berlin, gewählt, aus dem Direktor Gustav Nollstadt ausgeschieden ist.

Geheimrat Hans Otto Schmidt (früher Präsident der Bayerischen Landesversicherungskammer, München) wurde in den Aufsichtsrat der Bayerischen Rückversicherungs-A. G., München, gewählt, aus dem Geheimrat Martin Aufhäuser (München) ausgeschieden ist.

Unter denen, die aus den Aufsichtsräten ausgeschifft worden sind, befinden sich, wie schon die Namen besagen, nicht nur Juden, sondern z. B. auch ein Arier wie Richard Merton, der Leiter eines der grössten internationalen Metallkonzerne. Die Gaben, die das Regime zu verteilen hat, werden also nicht nach Bedeutung, sondern nach Gunst vergeben.

Raub als Geschäftsprinzip
Der Raub ist ein Geschäft, in dessen Bedingungen der Partner nichts dreinzureden hat, der die Ware hergibt. Nach diesem Geschäftsprinzip wird bei der Arisierung der deutschen Wirtschaft verfahren. Es hat sich als unpraktisch herausge-

Sektierer am Galgen

Das Richtschwert Rosenbergs im — Namen der Geistesfreiheit

stellt — wohlverstanden: für den arischen Geschäftspartner —, jüdische Firmen im ganzen zu übernehmen, weil sie zumeist ohnehin durch die Judenhetze und den amtlich befohlenen Boykott auf den Hund gebracht sind. „Der Jude“ ist daher oft, will er sein Geschäft notgedrungen massen liquidieren, genötigt, einen Ausverkauf seines Warenlagers zu veranstalten. Das ist aber eine unliebsame Konkurrenz für die „arischen“ Geschäfte, die doch von der Arisierung profitieren, nicht durch sie geschädigt werden wollen. Um zu verhindern, dass die Arisierung das gute Geschäft, das sie sonst ist, stört, empfiehlt „Der deutsche Volkswirt“ (12. August 1938), nach einem Vorbild zu verfahren, das „sich besonders in Oesterreich eingeführt“ hat, wo die dort geübte Art der Liquidation „in vielen Fällen und Branchen die richtige und zweckmässige Lösung zugleich für die Arisierungsfrage wie für das Uebersetzungsproblem ist“. In weniger tief sinniger Terminologie ausgedrückt: man will das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden, zugleich einen unbequemen Konkurrenten ausmerzen und seine Waren zu Schleuderpreisen nicht seinen Kunden, sondern seinen arischen Konkurrenten zuschanzen. Das Verfahren wird im „Deutschen Volkswirt“ geschildert: Es wurde in Oesterreich eine G. m. b. die „Lega, G. m. b. H., zur Förderung des arischen Leder- und Galanteriewaren-Einzelhandels“ gegründet, die nach ihren Angaben wie folgt arbeitet:

„Die zu liquidierenden jüdischen Betriebe sind durch Vorarbeit der Fachabteilung Leder- und Galanteriewarenhandel der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel der Lega bekannt. Durch zuverlässige Fachleute, die entweder Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter der Lega sind, wird das jüdische Warenlager abgeschätzt. Sobald Umfang und Wert des Warenlagers festgestellt sind, erfolgt am nächsten Tage eine Versammlung der bereits vorher interessierten arischen Lederwarenhändler in derjenigen Stadt, in der das jüdische Unternehmen liquidiert werden soll. In Form einer Musterschau mit Preisangabe erfolgt das Angebot dieses jüdischen Warenlagers an die versammelten Kaufleute.“

Das Verfahren läuft also darauf hinaus, dass bei dieser Preisfestsetzung die Organisation der Käufer allein den Preis bestimmt und nur einer nicht mitzureden hat, der jüdische Besitzer. „Der deutsche Volkswirt“ empfiehlt die Anwendung dieses Verfahrens auch für andere Branchen des Einzelhandels und Grosshandels und verlangt, es „sollte die Frage der Lagerverwertung recht bald gelöst werden, da sie mit der fortschreitenden Arisierung immer dringender wird“. Dringend ist die Lösung natürlich nur weil sich die Folgen der Arisierung jetzt nicht nur für die Juden unangenehm bemerkbar machen, sondern auch für die, die bisher mit der Vernichtung tausender Existenzen ein gutes Geschäft gemacht haben oder noch machen wollen.

Ein schlauer Fuchs

Nach den „Wirtschaftlichen Nachrichten der österreichischen Handelskammern“ (13. August 1938) sind im Laufe des Juli 4 grosse sudetendeutsche Unternehmungen aus dem sudetendeutschen Gebiet in die Nähe von Prag verpflanzt worden: Theresienhaller Kunstseidenfabrik, Textil Co., Nestomitzer Zuckerraffinerie, Maschinen-

„Hier wird der Geist euch fein dressiert! In spanische Stiefel eingeschnürt“ . . .

Der Geist, der stets verneint, ist ein heftiger Widersacher der absoluten Dinge. Selbst an das scheinbar Stabilisierte pflegt er ungeduldige und böswillige Fragen zu richten und totale Erkenntnisse zu unterwühlen. Der Lynkeus der nationalsozialistischen „Weltanschauung“, Alfred Rosenberg, hat einen ganzen Stab von Getreuen angestellt mit der Aufgabe, geistige Maulwürfe in ihren Löchern aufzuspüren und vor seinen unerbittlichen Richterstuhl zu bringen.

Es existiert ein Rosenberg-Amt: „Schrifttumspflege“. Alljährlich veranstaltet es wochenlange Lehrgänge für Mitarbeiter, Gau- und Kreischriftumsbeauftragte und Lektoren. In diesem Jahre war man in der Grenzlandschule Ruppertsdorf in der Oberlausitz beisammen, um die „geistige Sektierbildung der Gegenwart“ zu behandeln.

Für jede einzelne Sekte hatte man einen Spezialredner bestellt, mit der Aufgabe, die Einheit der nationalsozialistischen Weltanschauung vor „gefährlichen Zersplitterungstendenzen“ und dem „Eindringen fremder Gedanken“ sicherzustellen. Jeder „setzte sich auseinander“ — ein kleiner Scholastiker mit dogmatischem Auftrag. Und wie es einmal in der mittelalterlichen Kirche war, dass man ursprünglich besonders Rechtgläubige später wegen Häresie verdammt, so werden jetzt *reihenweise verdienstvolle geistige Vorkämpfer* als Sünder an der neuen hierarchischen Doktrin dem Fegefeuer ausgeliefert.

Prophet Spengler

Ueber Oswald Spengler sprach der Münchener Universitätsdozent Matzat. Spengler, so sagte er, habe immer behauptet, ein Wirklichkeitserkenner gewesen zu sein. Unwahr! Sähe man näher hin, so entdecke man den echten Sektierer, der Goethes Metamorphosenlehre in fundamental-irrtümlicher Konstruktion auf die Menschheitsgeschichte übertrage. „Ihr Nationalsozialisten, ihr habt die Freiheit der Tat! Hütet Euch vor dem bestechenden Spengler!“ In der Tat hatte sich Oswald Spengler 1933 keineswegs erlöst und befreit gefühlt. Die nationalsozialistische „Revolution“ war für ihn, der nach dem Siege des einsamen Blutsäufers verlangt hatte, nur ein Aufstand der Zukurzgekommenen und Untervertigen. Bis zu seinem Tode vor drei Jahren sass er grollend in der Ecke: seine jüngsten Schriften standen auf dem Index.

fabriken in Mährisch-Krumnau. Davon seien 2300 Arbeiter betroffen. Inzwischen hat die Papierfabrik Spiro ihren Sitz von Krumnau nach Prag verlegt; diese deutsche Gemeinde verliere dadurch die Hälfte der Gemeindeumlagen. Die Besitzer grosser jüdischer Textilbetriebe im sudetendeutschen Gebiet denken, ihren Besitz an tschechische Banken zu übertragen. Bat'a habe eine nordböhmisches Strumpffabrik aufgekauft. Er habe seinen Strumpfbedarf bisher bei sudetendeutschen Firmen gedeckt. Die tschechische Agrarbank verhandelt

Jetzt wird der gläubige Nationalsozialist vor dem „verschämten Propheten“ gewarnt.

Narkotiker Klages

Dann kam Ludwig Klages an die Reihe. Bis vor kurzem durfte der Autor des „Geistes als Widersacher der Seele“ in den nationalsozialistischen Zeitschriften und im Feuilleton als einer der ersten deutschen Wissenschaftler und Philosophen gerühmt werden, der die mystische Stimme des Blutes erlauscht und die Verderblichkeit des Intellekts erwiesen habe. Professor Weinhändler aus Kiel, der in Ruppertsdorf sprach, war nun gänzlich anderer Meinung. Klages habe seine Lehrer Goethe, Nietzsche und Bachofen gründlich „missverstanden“, Leben bedeute für Klages einen entrückten narkotischen Zustand, und sein Wirklichkeitsbild führe zu einer gänzlich unanschaulichen Abstraktion — eine Gefahr für den echten Nationalsozialisten, der eisenhart in der Realität leben müsse.

Vor Ludwig Klages darf fortan kein Pg. mehr „ergriffen“ in seinem Blute erschauern, wenn er sich nicht verdächtig machen will.

Sektiererschädling Spann

Die nächste Sektengefahr kommt von Othmar Spann. Sein Universalismus, der mit der Stände-Idee eine enge Verbindung eingegangen war, war gegen Marx und die Gewerkschaften gerichtet. Spann gab dem Nationalsozialismus vielseitige Ansporne. In Ruppertsdorf stellte nun ein Dr. Heinrich Härtle fest, dass Spann und sein nicht unerheblicher Schülerkreis an deutschen Hochschulen eine Gefahr geworden seien, weshalb man ihn auch mit gutem Recht seinen Lehrstuhl an der Wiener Universität genommen habe. Spanns Staatslehre entspräche genau dem hierarchischen System der katholischen Kirche. Mühelos entdecke man dahinter „artfremden Glauben“, der mit dem Eindringen des Christentums die „gewachsene Lebensordnung“ der Germanen gefährdet habe. Fortan gehört Othmar Spann — man weiss, dass ihn Leg mit seinem besonderen Hasse verfolgt — zu den gefahrten Rasseschädlingen, der besonders die Jugend in sein Sektentzelt lockt und universalistisch vergiftet.

Sumpflüthe George

Fünf Jahre nach dem Tode des Meisters erweist sich endlich der *Stefan George-Kreis* als eine schwer auszurottende „Sumpflüthe“. Lange galt George als gros-

ser nationaler Seher, der schon während des Krieges Visionen vom kommenden Führer hatte. Aber da er sich beharrlich weigerte, in Hitler und in Goebbels die Erfüllung seines Wunschtraumes zu erblicken und lieber schwieg, statt ihnen zu laubigen, so war man schon bei seinen Lebzeiten mit ihm unzufrieden. Nun gab ihm Professor Koch aus Berlin den nationalsozialistischen Todesstoss. Gundelfinger, Wolfskehl, Kantorowicz, lauter Juden, hielten eine geistesgeschichtlich gefährliche Sektienbildung um ihn gebräutet und sträflicherweise habe es der Prophet geduldet! Am Ende der Tagung wurde noch in einem Spezialreferat vor dem „sektiererischen Fehlglauben der Astrologie“ eindringlich gewarnt: einer der verdienstvollsten Vorkämpfer der Bewegung, der mit seinen Traktätchen unendlich viel für Hitler getan, erntete schändlichsten Undank.

Nachdem man solchermaßen alles, was jemals in den geistigen Grenzbezirken angesiedelt war, aus Rosenbergs astralen Lehre verurteilt und ausgestossen hatte, wurde die Tagung des Amtes „Schrifttumspflege“ mit einem *feierlichen Bekenntnis zur geistigen Freiheit* besiegelt. Es lautet: „Grösser als die Gefahr, dass fremde Gedankengut von aussen her in unsere Weltanschauung eindringt, ist die der inneren Erstarrung, denn unsere Weltanschauung, die kein Dogma und keine dogmatische Lehre kennt, zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Freiheit offen lässt für geistige Bewegung, geschichtlichen Fortschritt und vordringliches Fortschreiten, die aber immer in der Richtung vor sich gehen müssen, die uns unsere Lebensgesetzlichkeit vorschreibt.“

Von Rosenberg angeprangert, sollen die Schriften der Spengler, Klages, Spann und George nebst ihrem furchtsam zitternden geheimen Anhängerkreis zugleich den Beweis für den freiforschenden deutschen Geist liefern! Die Möglichkeiten weltanschaulicher Grotesken sind in diesem Dritten Reich unbegrenzt. Aber vielleicht ist noch grotesker, dass man im Auslande immer noch an den Bestand deutscher Wissenschaft, deutscher Forschung und Lehre im Zauber der Gewohnheit weithin glaubt.

Es ist wie in der Diplomatie: aus Deutschland kommen noch die alten europäischen Wortbegriffe zwecks Vernebelung der Wahrheit, und die Bequemlichkeit und die Denkräufel der guten alten Demokratien nimmt die falsche Münze für gutes Geld. Howald.

mit der Firma Weinmann wegen Uebernahme der Dux-Bodenbacher Braunkohlengesellschaft. „Derartige Transaktionen“, meint dieses amtliche, jetzt nationalsozialistische Organ, „für die noch etliche Beispiele aufzuzählen wären, bedeuten wieder für tausende deutsche Arbeiter Arbeitslosigkeit.“ Entrüstung darüber, dass die jüdischen Besitzer sudetendeutscher Betriebe sich lieber „tschechisieren“ lassen als „arisieren“.

Herr Rudolf Lischka, dessen rein nordische Herkunft nach dem Namen zu

schliessen — Lischka ist ein tschechisches Wort und heisst Fuchs — zweifelhaft ist, tut im „Deutschen Volkswirt“ sehr entrüstet über die Aufsaugung deutscher Unternehmungen und im besonderen über die „Tschechisierungspolitik“ des Zivnokonzerne, der jüngst den Petschekischen Kohlenbesitz erworben hatte. Das gäbe Anlass zu den „ärgsten Befürchtungen“. Dagegen gibt es nach Herrn Lischka nur ein Mittel:

„Eine Beendigung des sudetendeutschen Verarmungsprozesses wäre mit

Wüstenei

Tragödien des deutschen Idealismus

Wie könnte das Dritte Reich eigentlich zu dem Missverständnis gelangen, der Maler Hans von Marées sei ein Känder braunen Lebensempfindens? Ja, er stammt aus einer Offiziersfamilie und hat in seiner Jugend Attacken und Reiterbilder gemalt, aber wie bald ist er vom äusserlich Heroischen abgekommen! Seine künstlerische Entwicklung geht von herkömmlicher Soldatenmalerei zur Symbolik des Friedlichen, Humanen, Gelösten, Unverkrampften, abgewandt der Unrast dieser Welt. Er malte „das goldene Zeitalter“, in dem die Menschen in Frieden und Unschuld dahin leben, fern jedem heroischen Getue. Da er den gereiften Monumentalstil geschaffen hat, ahmt man ihn heute im Dritten Reich nach. Man bekleckst Wände mit überlebensgrossen Kolonnen, denen nur selten der Stahlhelm fehlt — und bildet sich ein, das sei neudeutscher Stil. In Wirklichkeit ist es in Stil und Technik ein starrer Abklatsch Marées'scher Freskenmalerei, bis zum Barbarischen entseelt.

Ebenso wie die innere Gelöstheit seiner reiferen Bilder, schlagen seine Kunst- und Lebensauffassungen jeder autokratischen Gängelei ins Gesicht. Da ihm das wilhelminische Vaterland weder genug Sonne, noch die Atmosphäre frei pulsierenden Kunstlebens bot, zog er es vor, in Italien zu schaffen. Er darbt, nahm die Unterstützung seines Mäzens Fiedler an, verwarf ein Bild nach dem anderen, weil sie ihm nicht genügten, schritt so, unerkannt vom Vaterlande, zur Vollendung seines Könnens,

im ewigen Wechselrausch zwischen seelischer Pein und Erfüllung. Aber er kroch weder als Kuli der Kunsthändler, noch der staatlichen Krippe unter. Unbedingte, fanatische Freiheit künstlerischen Schaffens war seine Lebensluft. Heute mag er wohl zu den Ueberholten gehören, aber für seine Zeit war er ein Wegbahner des Impressionismus, ein „Kunstbolschewist“, dem die instinktive Abneigung aller Reaktionäre und Gegenrevolutionäre entgegenschlug. Freiheit der Kunst ist unwiltter vom Ludergeruch der Revolution: „mit Absicht gegen die Regel malen, das heisst: zum Ungehorsam gegen Gesetz und Autorität aufreizen.“ Darum der Hass aller Kunstfeldwebel gegen das Neuartige.

1887 starb Marées. Was wenige schon damals wussten: dass mit ihm einer der grossen Idealisten des geistig-künstlerischen Kampfes dahingegangen war, das kam einer breiteren Oeffentlichkeit erst nach der Jahrhundertwende zum Bewusstsein.

In einem vor einiger Zeit erschienenen Buche „Hans von Marées“ (Oprecht-Verlag) lässt Erich Kuttner die heroische Lebensgeschichte dieses Malers auf 385 Seiten vor uns erstehen. Mit leidenschaftlicher Sachlichkeit, in gebändigtem, treffsicherem Stil rollt hier ein Marées-Verehrer das Ringen dieses Märtyrers in romanhafter Breite auf, den Kampf eines Künstlers, der durchs nicht Helden malen wollte, sondern heldisch malte, weil er bis zum letzten Hauch seinen Visionen nachjagte und bis zur letzten Kraft mit Stoff und Material rang.

Kuttners Buch schloss im Frühjahr 1938 ab. Inzwischen hat das Leben einen zeitgemässen Nachtrag geschrieben. Die Malerei ist inzwischen über die damalige „moderne

Antike“ hinaus gediehen, doch die braune Barbarei möchte dort einige Anleihen machen — Marées wurde von den Braunen auf die Liste der Geweihten gesetzt. Bis man 1938 seine jüdische Mutter entdeckte hatte. Da wurde ihm endlich Gerechtigkeit: sein Name darf drüben nicht mehr genannt werden. Ein zweites Mal vollendete sich „die Tragödie des deutschen Idealismus“.

wie Kuttners Buch im Untertitel heisst. Und wer des Glaubens ist, dass nur der freie Denker und freie Künstler ein Mehrer und Känder der höchsten Kulturgüter sein kann, der vermag die Tragödien zu erkennen, die sich heute auch in diesen Bereichen abspielen. Und der vermag auch zu erfüllen, was etwa einen, wie den Maler E. L. Kirchner, der sich im Juni in seinem Atelier bei Davos erschoss, den Revolver in die Hand gedrückt hat. Aus Aschaffenburg stammend, war er ein Wegbereiter des deutschen Expressionismus, lebte seit zwanzig Jahren, gezeichnet vom Kriege, in der Schweiz. Seine Kunst genoss internationale Anerkennung, wirtschaftlich war er unabhängig. Nach seinem Tode konnte man in ausländischen Blättern lesen: er habe es nicht mehr ertragen können, dass das Lebenswerk seiner Generation von halbalphabetischen Barbaren bespien werden darf. Der Ekel vor dieser Zeit, in der der Menschheit grosse Gegenstände von einer Welle der Ungeistigkeit besudelt, von einer Vorherrschaft der Minderwertigen, Asozialen und geistig Schläufigen bedroht werden kann, trieb den Achtundfünfzigjährigen dazu, sein Leben als Protest hinzuwerfen. Tragödien des deutschen Idealismus.

Voll Bitterkeit schrieb Marées einst über das offiziöse Deutschland von damals: „Bei der heutigen Knechtseligkeit zieht ja doch nur der gesinnungsloseste Kunst- und

Künstlerpöbel Nutzen aus der staatlichen Kunstpflege. . . Jedoch in diesem Staat waren trotz alledem Kunstrevolten möglich.“

Keine öffentliche Gewalt durfte Genie werke zerschneiden und verbrennen, kein regierender Psychopath konnte Rembrandt, van Gogh, Grünewald leuchten oder konnte bestimmen, dass der Himmel blau, die Wiesen grün und Familien mit vier Kindern zu malen seien. Den oppositionellen Ankläger Marées hätte daheim keine Gestapo belangt.

Die Lebensgeschichte Hans von Marées ist ein Ausschnitt aus dem ewigen Heldenkämpfe des Geistes gegen knebelnde Gewalt, aber auch in diesem trüben Ausschnitt mutet das kaiserliche Deutschland neben dem Dritten Reich an wie eine Kulturoase neben einer grauen, öden Wüstenei. rg.

Vom deutschen Parnass

Kindergestammel gegen Blechgerammel

Der „Reichsjugendführer“ Baldur von Schirach hat die unbeholfenen Reimerzeu seiner Jugendliehen unter dem stolzen Titel „Das Lied der Getreuen“ herausgegeben und da im Dritten Reich alles ruckzuck am Schnürchen läuft, so erhielt dieses Bündchen alsbald den von Goebbels gestifteten Buchpreis für 1938. In den Kreisen der zünftigen Barden hat die Bekrönung der geistigen Unmündigkeit anscheinend losse Flüsterkommentare ausgelöst. Jedenfalls sieht sich der Reichsjugendführer veranlasst, in öffentlicher Kundgebung die Preisverleihung an das von ihm selber herausgegebene Buch — nur ein Nazi ist solch Taktos fähig! — in Schutz zu nehmen. Dabei fährt der erzürnte Baldur den be-

Rück hält nur lion auch schen, tie u sichts Wir e mokra womög haupt Hilters lich d der R gebe, zum D Tachee „Der 1938) Zus sch schen gen M fäher waren Dem S tschech umsatz „Einer Syndik die der man et „Ueber böhung Wenn dazu b tschech abuneh aus ih brüder derben, Gewinu aber d lobt er riskiere Im „ vom 21. „Es wenn Signal chenmal r sonst nicht und Barbar ringsg proble rings-a Barbar ring v meiste unerr Phospho dert, wach grösst und K Herin gen Ke Rachitis ähnlich tungen. rufsdich forsch an kann, v wird! In lichen- geht I „Ger diese i staltun unsem missen nach i konjun lang at um, I Was war, i gewor Dichte arien, schwü liche wir at reden, zur Fo wird a und produz glänzt, Herkut und bl Leugne den wah wussten! Mitunt such nu lieft der gezeigt: Bart Berlin, 2 Mark Man g nannten „Als

Heiterkeit — in England

Abrechnung mit der braunen Humorfeindlichkeit

Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in der Tschechoslowakei wohl hält, wenn die im Zuge der Nationalitätenregelung geplanten Gesetze auch dem freien Werten einer „Wirtschaftsdemokratie“ Einhalt gebieten könnten, die sich ebenso wie die Demokratie auf politischem Gebiet in einer rücksichtslosen Majorisierung auswirkt.“

Wir erfahren also, weshalb u. a. die Demokratie im sudetendeutschen Gebiet und womöglich in der Tschechoslowakei überhaupt beseitigt und diese dem Kommando Hitlers unterstellt werden soll. Damit nämlich dem sudetendeutschen Unternehmer der Rebbach der „Arisierung“ nicht entgehe, den sie sich von ihrem Bekenntnis zum Dritten Reich versprochen haben.

Tschechen und Deutsche Hand in Hand
„Der Sozialdemokrat“, Prag (23. August 1938) weiss von einem Fall harmonischer Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Unternehmer zu berichten. Im vorigen Monat wurde ein Syndikat der Lohnfärber und -bleicher von Baumwollstücken mit dem Sitz in Prag gegründet. Dem Syndikat gehören 60 deutsche und tschechische Unternehmer an, deren Jahresumsatz 100 Millionen Kronen beträgt. Einer Sonderkommission dieses neuen Syndikates ist der Auftrag erteilt worden, die derzeitigen Preise zu „überprüfen“, und man erwartet, dass der Endeffekt dieses „Überprüfens“ eine allgemeine Preiserhöhung sein wird.“

Wenn die tschechischen Industriellen dazu bereit sind, gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen den deutschen und tschechischen Verbrauchern Ueberpreise abzunehmen, warum wollen sie dann durch ihre sudetendeutschen Syndikatsbrüder das Geschäft der Arisierung verderben, anstatt sich mit ihnen in seinen Gewinnen zu teilen? Da die Tschechen das aber durchaus nicht zu wollen scheinen, lohnt es sich schon, einen Weltkrieg zu riskieren.

G. A. F.

Angewandte Heringswissenschaft

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ (Nr. 201 vom 21. August) liest man:

„Es würde wirklich nichts schaden, wenn alle Hausfrauen bei dem Herings-Signalement von der Waterkant ihre Küchensetzeln zur Freude ihrer Lieben einmal mit völlig anderen Gerichten als sonst füllten. Wo die alten Kochbücher nicht ausreichen, helfen die Fischküchen und die Beratungsstellen des Deutschen Barbar des Gaumens. Zudem hat der Heringsgerichten aus. Und wer die einmal probiert hat, ohne zum begeisterten Herings-Anhänger zu werden, der ist ein Barbar des Gaumens. Zudem hat der Hering von allen Fischen nicht nur das meiste Fett, er enthält ausserdem das für unsern Körper so wichtige Eiweiss, dann Phosphor, der die Knochenbildung fördert, Lezithin, das nervenstärkend und wachstumsfördernd wirkt, und Jod, den grössten Feind von Arterienverkalkung und Kropfbildung.“

Hering ist ausserdem das beste Mittel gegen Keuchhusten, Blinddarmentzündung, Rachitis, Tuberkulose und Malaria. So und ähnlich nachzulesen in den deutschen Zeitungen, Jahrgänge 1914-18.

rufachtenden Tadlern jenes Preisvotums forscht an den Wagen und gibt öffentlich bekannt, was sonst über jene nur geflüstert wird! Indem er die Primitivität der jugendlichen-Gedichte warm in Schutz nimmt, geht Baldur also zum Angriff über:

„Gerade diese Einfalt des Herzens und diese Einfachheit der künstlerischen Gestaltung scheinen mit das sein, was unsere zeitgenössische Lyrik so oft vermissen lässt. Ergriffen von der Sacht nach grossen Worten, hämmern unsere konjunkturbeflissenen Reimschmiede solange auf dem Metall unserer Sprache herum, bis sie blechern zu tönen beginnt. Was in der Kampfzeit kostbares Gold war, ist heute zur billigen Scheidemünze geworden. Aus der Blechschmiede der Dichterlinge hallt es wieder von Stauden, Trommeln, Fanfaren und Treueschwüren. Aber das alles ist keine ehrliche Handarbeit mehr, darum dürfen wir auch gar nicht von einer Schmiede reden, die Werkstatt wurde längst schon zur Fabrik erweitert, und wie bei Ford wird am laufenden Band für die Mittags- und Abendzeitung je ein Kampfgedicht produziert, das aussen zwar wie Gold glänzt, in Wirklichkeit aber doch seine Herkunft nicht verleugnen kann: es ist Leugne noch einer, dass die Herren über den wahren Wert ihrer Literatur Bescheid wüssten!“

Der Bi-Ba-Butzemann.
Mitunter erweist sich das gestanzte Blech auch nur als vergoldete Pappe. Im Juli der „Neuen Literatur“ finden wir angezeigt:
Barthel, Max: Danksagung, Gedichte Berlin, Propyläenverlag 1938. Pappe. 2 Mark.
Man gestatte uns, die Rezension der genannten Zeitschrift gleich beizufügen:
„Als ein Anzeichen unserer inneren

Ein Rundfunk mit Maulkorb muss im Geistigen einseitig und langweilig sein. Für und Wider gibts nicht, es würde zum Tummelplatz der Meckerei. Drum klagte jüngst auf der Jahresversammlung des deutschen Rundfunks der Reichsintendant Glasmeier, die Kunst des Plauderns vor dem Mikrophon sei „etwas verloren gegangen und müsse wieder aufleben.“ Eine unmögliche Sache, denn derselbe Oberbazon wandte sich laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ dagegen.

„dass etwa der jüdische zersetzende Geist auf dem Umwege einer „witzigen“ Conference wieder in den Rundfunk eindringt. Es gehe nicht an, dass führende Männer der Bewegung über die Heiligkeit der Ehe oder über das Ethos des deutschen Soldaten sprächen, und dass dann am Abend in einer bunten Unterhaltung diese Dinge mit ätzender Lauge einer sogenannten „Conference“ verunglimpft würden.“

Dafür kann man im deutschen Rundfunk immer wieder Sendungen „bunter Abende“ hören, auf deren Programm schlüpfrige Zoten und derbe Kalauer regieren, die das erneuerte Publikum des Saales mit schallendem Wiehern quittiert. Jeder feinere Witz dagegen, jeder Anflug kritischer Ironie läuft Gefahr, von den Diktatoren als „ätzende Lauge“ empfunden zu werden.

Sie konnten nicht einmal die wohlabgewogenen, kleinen Dosen witziger Anspielungen vertragen, die sich das „Berliner Tageblatt“ ab und zu mit Werner Finks kurzem sonntäglichen Geplauder leistete. In der Sonntagsnummer des „B. T.“ vom 24. Juli war es schon verschwunden. Dafür

kündeten in der Fink'schen Plauderecke grosse Schriftzeichen: „Wegen Renovierung und gänzlicher Neuüberholung bis auf Weiteres geschlossen!“ Die Renovierung währt noch immer, dem heiter gelöteten, relativ harmlosen Gemecker ist der totale Maulkorb umgehängt worden. Aber das „B. T.“ rächt die Knebelung des beliebten Mitarbeiters auf neudeutsche Art: am 14. August erschien im „Berliner Tageblatt“ ein langer Aufsatz seines englischen Korrespondenten, der in einem Vergleich zwischen deutschem und englischem Humor allerhand boshafte Meckerei gegen die neudeutsche Humorarmut loslässt. Der Humor des englischen Staatsmannes wird dick herangestrichen:

„Wer schon in England an *Geltungsbedürfnis* leidet, muss es dadurch abschwächen, dass er *über sich selbst spotlet*. Nur dann wird ihm *diese Sünde*, eine der schwersten des englischen Sittenkodex, verziehen. Der hochbegabte Lord Curzon wäre nicht als enttäuschter Mann gestorben, hätte er sich nicht in den Ruf gebracht, „pompös“ zu sein. Ein paar Scherze über sich selbst und die Biographie Curzons hätte vielleicht einen anderen Verlauf genommen.“

Der Leser ergänzt: Unsere Oberbazon stolpern über ihre Gottähnlichkeit, wer hat von Hitler je einen Witz gehört, geschweige denn einen gegen die eigene Herrlichkeit? — Dann kommt der tierische Ernst rund um die Gestapo dran, indem die Humanität der englischen Polizei gerühmt wird:

„Sogar die Polizei dieses Landes weiss, dass sie auf den Gummiknüppel verzichten kann, wenn dem „Bobby“ im richtigen Augenblick das richtige Wort einfällt, ebenso wie er gutgelaunt lachen

wird, sollte das Publikum einen Witz auf seine Rechnung machen. Unzählige derartige Scherze müssen während des Generalstreiks, der Englands soziale Struktur in alle Fugen krachen liess, gefallen sein... Der Engländer ist einer gesunden Rauferei nicht abgeneigt, aber er hasst jede *Verkrampfung*. Er bringt das Kunststück fertig, mitten im Leben zu stehen und gleichzeitig ein wenig abseits, von wo er über die Menschen und ihre Tollheiten lachen kann.“

Neben dieser Ueberlegenheit erscheint der im dritten Reich erlaubte „Humor“ bejammernswert. Der Korrespondent des „B. T.“ drückt das vorsichtig aus:

„Wo ein Volk wie das deutsche... in den tragischen Urgrund des Lebens glaubt, ist ein Humor wie der englische undenkbar. Denn er setzt voraus, dass lezten Endes alles gut ablaufen wird, und dass nur ein wenig Geschicklichkeit nötig ist, um die verworrenen Fäden des Daseins in Ordnung zu bringen. Deshalb ist der englische Humor untrennbar vom englischen Optimismus. Er ist gutmütig und — mit Ausnahmen — frei von jeder Zersetzungsstendenz; *nicht Vernichtung, sondern Regulierung ist sein Ziel*. Anstatt des „*Je ridicule fue*“ Frankreichs ist der Humor Englands eine Warnung, das Augenmass nicht zu verlieren. Seine Aufgabe ist, die Dinge, Einrichtungen und Personen dieses Landes in ein gesundes Verhältnis zueinander zu setzen und hierdurch die *grossartige Geschlossenheit* zu schaffen, die das Leben Englands auszeichnet.“

Der Leser lacht sich ins Fäustchen. Augenmass? Gut gegeben. Unsere Oberbazonerie kennt nur das Augenmass des Grössenwahns und stupidester Selbstvergottung. Das „B. T.“ aber hat in Namen der Gleichgeschalteten gesprochen: Ihr redet von der neuen Heiterkeit in Deutschland? Nicht einmal das bisschen Lachen Werner Finks konntet ihr aushalten. Im Ausland dagegen...

In solchen Vermummungen spielt sich drüben die Kritikasterei gegen die dümmsten Züge des Systems ab.

Ferienglück

„Um die KdF-Fahrer richtig in die Uebungen der Kriegsmarine einschalten zu können, hatte man aus den Schiffen „Wilhelm Gustloff“, „Berlin“ und „Der Deutsche“ zusammen mit den Kriegsschiffen der blauen Partei einen Geleitzug gebildet, der von den Seestreitkräften der roten Partei des Vizeadmirals Marschall angegriffen werden musste mit dem Manöverziel, die Fahrzeuge zu vernichten. Für die KdF-Schiffe „Sierra Cordoba“ und „Oceana“, die gesondert zu einem Geleitzug zusammengestellt worden waren, hatte man das gleiche Manöverziel vorgesehen.“

Rheinisch-Westfälische Zeitung
Nr. 429, 27. August 1938.

Auf dem Obersaizberg bei Berchtesgaden, in unmittelbarer Nachbarschaft der Besitzung Hitlers, ist der Bau eines grossen Hotels geplant, das die Gäste und Besucher des Reichskanzlers beherbergen soll.

Notwehr

I

Moritat aus der Raubrätterzeit

Ein grosser Mann bedrohte einen kleinen und heischte Gold, Der Kleine widerstand. Drauf warf der grosse Mann ihn an die Wand und war alsbald mit dem Geschäft im Reinen. Der Kleine tot — das Gold in seiner Hand.

Er ward verklagt. Der weise Richter sagte:
« Der Kleine handelte, von Geiz gepackt, ganz unbedacht und wider jeden Takt, als er dem Stärkeren zu trotzen wagte. Die Tat des Grossen war ein Notwehrakt. »

II

... aus der Neuzeit

Ein grosser Staat bedrohte einen kleinen und heischte einen guten Fetzen Land. Als drauf der kleine kräftig widerstand, war bald ein starkes Kriegsheer auf den Beinen, zu morden und zu brennen ausgesandt.

Der grosse Staat beschwor mit tausend Eiden, der schwache Gegner habe provoziert, das Kriegsheer sei in Notwehr aufmarschiert. Der Schwache fragte: « Kann die Welt es leiden, dass, wer die Macht nicht hat, sein Recht verliert? » Die Welt berät... Wie wird die Welt entscheiden?

Volksgesundheit darf der Weg Max Barthels gelten, des Maurersohnes aus Dresden-Loschwitz, welcher nach seiner volksliedhaften Kriegslirik aus dem Argonnerwald eine zeitlang der *politischen Verfinsternung* anheimgefallen war, jetzt aber mit hellen, daseinsfrohen Versen erscheint und in ihnen vielfach an alte deutsche Reime und Kinderlieder anknüpft, so wandelt er etwa den bekannten Sechsteiler vom Bi-Ba-Butzemann ab oder schreibt neckische Schlafverschen gleich denen vom weinenden und lachenden Kind und den Fischen.“

O Du neikischer Bi-Ba-Butzemann Max Barthel! Vom revolutionären Anti-Kriegsliriker, vom Kampfdichter des Proletariats hinab zum Schreiber des Wiegenliedchens vom lachenden und weinenden Kindchen, — die Fische hättest Du allerdings fortlassen sollen, denn Fische sind stumm und haben sich noch niemals durch Worte prostituiert! Dass Deine Pappe auf den Namen „Danksagung“ hört, begreifen wir durchaus: Du bist Deiner jetzigen Herrschaft einen Domestikendank dafür schuldig, dass sie Dir trotz vormaliger „politischer Verfinsternung“ erlaubt zu drucken — seien es auch nur Liederchen vom Bi-Ba-Butzemann. Als Beispiel „innerer Volksgesundheit“ wirst Du noch bei späten Geschlechtern Magenentleerung in verkehrter Richtung hervorrufen. (Wissen aber möchten wir doch, was Deine jetzigen Freunde über Dich sagen, wenn sie einmal, wie Baldur von Schirach, gerade Laune zur Aufrichtigkeit haben — s. o.)

Der Tierkreisler.

Jetzo, ihr Distichen, nehmt euch zusammen! es tut sich der Tierkreis Graugend euch auf: mir nach, Kinder! Wir müssen hindurch. So leiten Schiller und Goethe den be-

wussten Abschnitt ihre Xenien ein. Aehnliches hat anscheinend Joseph Weinheber empfunden, eine Leuchte der nazistischen-bodenständigen Verskunst. Auch er „muss hindurch“. Er ruht nicht, bevor er einen kompletten Tierkreis zusammengereimt hat. Seinen „Wassermann“ (negativ!) haben wir neulich schon zitiert, hier mögen noch die Anfangszeilen des „Krebs“ folgen:
Bist du im Krebs geboren, sei gelass dem Ueberkommen treu. Den Krebsgang geht so mancher Mann. Der nicht fürs Mondgeheimnis kann. Die Poeten des Dritten Reiches können bestimmt samt und sonders nicht fürs Mondgeheimnis! Muckl.

Die neuen Fensterlein

Der nationalsozialistische Dichter Will Vesper hat von Schulkindern, die „durch die erfreuliche Rustsche Verfügung über die Bedeutung und die mannigfaltigen Folgen der Heimkehr Oesterreichs unterrichtet worden sind“, ein Abzählverschen gehört, das ihn geradezu entzückt. Es lautet:
„Durch vier neue Fensterlein Schauen wir in die Welt hinein. Drei davon, die leuchten fest: Belgrad, Rom und Ofen-Pest. Aber eines, garnichts nutz, Starrt vor Schmutz. Denn es gibt den Juden Schutz. Endlich, aller Welt zum Trutz, Wasch Dich rein, Lichtenstein, Werde deutsch, Vaduz.“
Wenn Lichtenstein — schon der Name ist hinreichend verdächtig — seine Reinigung nicht von selbst besorgt, dann müssen Tanks mit Kehrbesen kommen. Nächstes Fensterlein?
„Prag? — Prag!“

Lebensschule

„Anschliessend an die süsse Stärkung zeigten sich die Jungen den Besuchern von der *zirkensischen Seite*. War das ein Hallo! Einer war da, der schien sich bereits praktisch bei Busch und Krone betätigt zu haben, so echt machte er Ansager, Direktor und singenden Clown in einer Person. Und als wir von den Sieg-Kreis-Pimpfen schieden, nahmen wir zur Beruhigung für alle Eltern die Gewissheit mit, dass ihr Junge im Zeltlager mehr fürs Leben dazulernt, als es irgendwo anders möglich ist.“

Bericht über ein Pimpfen-Zeltlager in der Essener „National-Zeitung“.

Meckerei hinten herum

„Gefährlicher als der Scheinheilige ist der Scheinwissende. Er sucht durch lautes Drauflosreden zu ersetzen, was ihm der Schöpfer an innerer Substanz vorenthält.“ Zitat aus dem „Westdeutschen Beobachter“ — eine Woche nach Hitlers Kunstrede. Nicht weniger unfreundlich ist die folgende Randbemerkung:

„Würde es in jedem Falle stimmen, dass es der Geist ist, der sich den Körper baut, grosser Gott, dann müssten viel mehr Menschen bucklig sein und Plattfüsse haben.“
Wo, grosser Gott, macht ein approbierter Naziredakteur solche Beobachtungen? Lebensschule.

Gegen die Pest

Die Polizeiverwaltung in Kopenhagen hat die Verbreitung und den Verkauf der antisemitischen deutschen Wochenschrift „Der Stürmer“ auf öffentlichen Plätzen, Strassen und Wegen bei Strafe verboten.

Ehren-Arier

Das Bindeglied zwischen Ariern und Semiten gefunden

Es konnte so nicht weiter gehen. Im Dritten Reich gibt es jüdische Staatsbürger, die unabkömmlich und gewissermaßen gesetzlich geschützt sind. So einer ist General Milch, Görings Vertrauter. So einer ist der polnisch-jüdische Filmstar Pola Negri, Abgesehen von jenen Halbjuden und Halbjüdinnen, die in regierenden Kreisen ein- und ausgehen, weil ihre Verbindungen zu einflussreich sind. Man zeigt in den Reihen der Eingeweihten mit Fingern auf sie. Durch die Gleichschaltung Wiens wird die Zahl der unabkömmlichen, gesetzlich geschützten Zwecksemiten wesentlich erhöht. Mussolini steht vor demselben Problem, da in den Adern mancher seiner Getreuen reichlich jüdisches Blut rollt.

Es musste etwas geschehen, um die unabkömmlichen Nichtarier zu legalisieren. Berlin hat den Anfang gemacht und den Ehren-Arier erfunden. „Manchester Guardian“ teilt mit, dass die Gattin des Sohnes von Richard Strauss zur Ehren-Arierin ernannt wurde. Auf die Dauer schien es unabkömmlich, des Dritten Reiches lebenden Renomierkomponisten und Vorsitzenden der Reichsmusikkammer in der Zeit verschärften Rasselerrors unentwegt von jüdischer Mischpoke umringt zu sehen.

Der Ehren-Arier war vorzusehen. Was kommt auf die wenigen an, wenn man schon ganze Völker zu Ehren-Ariern ernannt hat! So die verbündeten Japaner, während die Chinesen dunkelster mongolischer Herkunft bleiben — solange sie der Achse nicht angeschlossen sind. Die Italiener sind neuerdings sogar zu Ehren-Norden aufgerückt und im Dritten Reich darf seit Duces Rassenschwankung keiner mehr wagen, die Italiener in den Topf der kurzbeinigen Mittelmeerrasse zu werfen.

Wären die südamerikanischen Mischlinge dem Hakenkreuz freundlich gesinnt, so hätten sie Chancen, trotz ihres indianischen Blutes in die gemischte arische Völkerfamilie aufgenommen zu werden. Die Mexikaner sind nahe daran, seit sie mit Deutschland einen Oel-Lieferungsvertrag geschlossen haben und dafür deutsche Sachlieferungen entgegennehmen. In der nationalsozialistischen Presse ist bereits zu lesen, dass Mexiko mit Oel-Enteignung nur das Joch der ausländischen Kapitalisten abwerfe, es sei also nicht kommunistisch, sondern nationalsozialistisch. Und dies, obwohl vor einem Jahr noch die „rote Herrschaft“ in Mexiko von der Goebbelspresse angepöbeln wurde und obwohl die mexikanische Regierung jüdische und besonders sozialdemokratische Emigranten willkommen heisst. Erweitern sich die Geschäfte zwischen dem roten Mexiko und Deutschland, so wird die Goebbelspresse bald entdecken, dass die leitenden Schichten Mexikos von irgendwelchen Norden abstammen, die irgendwie unter Mittelamerikas Indianer verschlagen wurden.

Kurz, der Ehren-Arier lag in der Luft, er musste erfunden werden, denn ohne eine groteske Dosis opportunistischer Wendigkeit kommt der Rasseblödsinn nicht aus. Allerdings hat die Sache einen Haken: Mit diesem neuen Ehrenbürger wird staatlich anerkannt, dass es sehr wertvolle jüdische Staatsbürger, dass es Semiten gibt, die nicht minderwertig sind. Dies ist ein Dolchstoß in den Rücken des Rosenbergischen Blutmythos, von Streichers Debacle gar nicht zu reden. Palästina sollte sich dafür erkenntlich zeigen und Hitler zum Ehren-Juden ernennen, zumal es mit seinem Stammbaum ohnehin hapert.

Der KDF-Wagen

Ein grosses Fragezeichen

In seiner grossen Rede hatte der Führer verkündet, dem Volke solle mit dem Volkswagen für das, was es wegen mangels an Devisen nicht zu kaufen bekäme, „ein gleichwertiges Kaufobjekt gesichert“ werden. Was für Essen und Kleidung von den Volkswagenkäufern weniger ausgegeben werden kann, soll an Devisen erspart werden. Nun zitiert die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 13. August aus dem Prospekt des deutschen Volkswagens. Danach steht vorläufig noch nicht einmal fest, aus welchem Material der Kdf-Wagen gebaut wird, und daher auch nicht, wieviel Devisen und ob überhaupt Devisen damit erspart werden können. Auf der letzten Internationalen Automobil Ausstellung in Berlin war eine Autokarosserie aus Kunstharz gezeigt worden. Man hätte also vermuten können, dass auch die Karosserie des Volkswagens aus Kunstharz und nicht aus Stahl gebaut werden soll, das in Deutschland fast so rar ist wie ein Bissen guten Brotes. Nun sagt aber der Prospekt, dass der Aufbau des Fahrzeuges ganz aus Stahl geschehen soll. Zur Herstellung von Stahl braucht man aber immerhin Erz, wofür Deutschland immer noch überwiegend auf ausländische Zufuhr angewiesen ist. Kunstharz besteht zu 100

Prozent aus heimischen Stoffen. Die Erzeugung von Kunstharz ist also offenbar noch nicht so weit gediehen, dass sie für die Kdf-Wagen ausreicht. Später könnte nach der „DAZ“ „der Austausch gegen Stahl zweckmässig“ sein. Aber auch da weiss man noch nicht „in welchem Umfang die Salzgitter-Betriebe der Reichswerke AG-Herrmann Göring als Rohstofflieferant für Fallersleben herangezogen werden können“. Also auch auf dieses rein deutsche Produkt wird man für absehbare Zeit notgedrungen verzichten. In der Schwebe ist auch, ob es möglich sein wird, für die Bereifung der Kdf-Wagen Buna an Stelle von Kautschuk zu verwenden. „Inwieweit bei der Bereifung heimisches Material zur Verwendung gelangt“, heisst es in der „DAZ“, „lässt sich heute wohl noch nicht endgültig sagen, da der Ausbau der deutschen Bunaerzeugung in stetigem Fluss ist und ihre Kapazität bei Betriebsaufnahme des Volkswagenwerkes noch nicht abzusehen ist.“

Vorläufig steht also noch nicht fest, woraus der Volkswagen bestehen, ob es überhaupt möglich sein wird, das für die vorgesehene Produktion erforderliche Material zu beschaffen, wie hoch die Materialkosten sein werden und ob man imstande sein wird, den projektierten Preis von 990 Reichsmark innezuhalten. Da man es trotzdem so eilig hat, den Kaufpreis für den Kdf-Wagen einzukassieren, kann man wohl annehmen, dass es hauptsächlich auf das

feld abgesehen ist und dass die Frage, ob dafür etwas geliefert wird und was, an zweiter Stelle steht.

Rüstungsfolgen

Rückgang des Ruhrexports

Die andauernde Schwäche der deutschen Börsen, die anhaltenden Kursverluste, von denen gerade die bisher von der Rüstungskonjunktur am meisten begünstigten Papiere der rheinisch-westfälischen Montanriesen betroffen sind, haben einen sehr realen Hintergrund, in den vom letzten Konjunkturbericht der Abteilung „Westen“ hineingeleuchtet wird. Die rheinisch-westfälische Industrieausfuhr hat in der Zeit vom letzten Drittel 1937 bis zum Ende des ersten Drittels dieses Jahres sich um 11 Prozent vermindert und den Stand des Vorjahres nicht mehr erreicht. Ganz katastrophal ist der Export von Kohle und Eisen, den Hauptausfuhrsgütern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, unter dem Druck der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt gesunken. In einem Ausmass von nicht weniger als einem Drittel der gesamten Förderung war die Ausfuhr von Ruhrkohle in der ersten Hälfte dieses Jahres im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit zurückgegangen. Die Ausfuhr von Ruhrkohle war um ein Vier-

tel, die Ausfuhr von Grosseisenerzeugnissen sogar um die Hälfte kleiner als 1937. Unter der Einwirkung dieser Exportverluste hatte die Kohlenförderung zum ersten Male seit langer Zeit die entsprechenden Vorjahresergebnisse unterschritten. Trotz dieser Rückschläge im Export konnte die gesamte Industrieproduktion noch um 70 Prozent zunehmen, aber während 1937 nach Winterende der Höchststand vom Jahre vorher bereits erreicht war, ist das im Frühjahr dieses Jahres nicht der Fall. Es kostet also eine grössere Anstrengung als je zuvor, den Ausfall beim Export durch Rüstungsaufträge zu kompensieren. Die Herren über Kohle und Eisen wissen aber ganz genau, dass, wenn sie nur noch für die Kriegsvorbereitung arbeiten, es auch einmal sie selbst sein werden, nicht nur ihre Arbeiter, die die Kosten der Kriegsvorbereitung zu zahlen haben werden.

Die Furcht vor einem neuen 1918.

Vor kurzem sprach auf einem Appell der SA-Führer der Brigade 75, Düsseldorf, der Kommandeur der Gruppe Niederrhein in der SA, Knickmann, über die neuesten Aufgaben der SA. Dabei erklärte er u. a. wörtlich: „Vor allem ist sie dazu bereif, die innere Wehrbereitschaft des Volkes zu garantieren. Denn die SA muss der Garant dafür sein, dass sich ein 9. November 1918 niemals wiederholt.“



Nähmaschinen

ELEKTR. MOTOREN, ELEKTR. SCHEREN UND SCHNEIDMASCHINEN, ALLE ZUBEHÖRE U. TEILE, REPARATUREN PROMPT UND BILLIG.

«ETWA», 66, Bd. de Belleville - PARIS (20^e)

KAUFE BRIEFMARKEN (Sammlungen, Lots, Korrespondenzen). F. AUERBACH, 27, rue Paul Lelong, Paris (2^e).

SCHREIBMASCHINEN

OSNER
5, Rue Mayran
PARIS (XI^e)
TÉL. TRUD 42-28

Erersatzteile und Bürobedarf

Kaufen Sie bei unseren Inserenten!

DOLMETSCHER-DIENSTE Übersetzungen, Schreibmaschinennarbeiten. Alle Handelskorrespondenz in deutsch, franz., engl., poln. in u. ausser dem Hause, Eigenmaschine, fertig prompt u. billig an: OSNER, 1, rue Jacquart, Paris (XI^e). Tél.: ROQ 61-73.

LIBRAIRIE INTERNATIONALE

59, RUE MESLAY — PARIS (3^e)
ARC. 38-41, Métro: Républ., Strab. St-Denis
DEUTSCHE LEIHbibliothek
Neu: MARXISTISCHE ABTEILUNG
BUECHER - ZEITUNGEN PAPETERIE

Die kleinen Treffer

Eine Zeile kostet nur ffr. 5.— bei einmaligem Erscheinen (d. i. für Belgien: ffr. 4.—; Tschechoslowakei: Kc. 4.—; England: d. 8; Holland: hfl. —.30; Polen: Zl. 1.—; Schweiz: Fr. —.60).

Lohnender **NEBENVERDIENST** bietet sich für Redegewandte. Angebote unter: „Vertreter gesucht“ an die Expedition des „Neuer Vorwärts“.

Gesucht: Exemplare der Zeitschrift: „SOZIALISTISCHE AKTION“ (Anfg. Dez. 1934, Aug. 1936, Sept. 1936, Juni 1937) Mitteilungen an Br. 100 Expedition „Neuer Vorwärts“.

Emigrant, der sich durch **BRIEFMARKEN-HANDEL** kl. Existenz schaffen will, erbittet Zusendung gebrauchter Marken gegen Porloerstattung. Auch zu Tausch bereit. Zusendungen an KK. 13 Expedition „Neuer Vorwärts“.

MUELLER-JOEL, 5, Rue Mayran, Paris 9. Vervielfältigungen — Foto-Kopien — Übersetzungen — Schreibarbeiten.

RESTAURANT J. KANTOROWICZ, 15, rue Bérange, Paris 3^e (Place de la République) Man spricht deutsch.

MASCHINENSETZER, Linotype, deutsch und englisch, sucht Anstellung, möglichst Uebersee. Angebote an F. W. 1 durch „Neuer Vorwärts“.

WIR LESEN FUER SIE

Viele hundert Zeitungen und Zeitschriften aus allen Erdteilen werden bei uns genau nach Ihren Wünschen gelesen und ausgeschnitten. Ueber jedes Thema dokumentieren wir Sie rasch und sachkundig. Verlangen Sie unseren Prospekt. Bureau International de Documentation 33, rue de l'Amiral-Mouchez. — Paris 13^e.

SIE HELFEN UNS

und Sie ersparen sich Geld, Zeit und Mühe, wenn Sie den **NEUEN VORWAERTS** direkt beim Verlag oder bei Ihrem Postamt bestellen. Ein Abonnement ist billiger als der Kauf der Einzelnummern. Ein Abonnement spart Ihnen den Weg zum Zeitungshändler. Ein Abonnement sichert Ihnen die regelmässige Lieferung der Zeitung. Es ist wirklich von Vorteil für Sie! Ueberzeugen Sie sich und füllen Sie den anhängenden Bestellschein aus.

An VERLAG NEUER VORWAERTS

30, rue des Écoles — PARIS (5^e)

Bestellschein

Ich bestelle den **NEUEN VORWAERTS** und erwarte regelmässige Lieferung von nächster Nummer an:
(Name)
(Wohnort)
(Strasse u. Nr.)

REICHLER, 16, rue Bichat, Paris-10^e BOT. 96-89
ZAHLT HOECHSTE PREISE für getrag. Herrengarderobe

SO URTEILEN DIE ZEITUNGEN

... Das dokumentarisch bewiesene Ergebnis ist verblüffend und erschütternd! Hitler und Rosenberg, besonders Hitler, haben die Grundgedanken ihrer Schriften aus den „Protokollen der Weisen von Zion“ bezogen... Eine interessante und aufschlussreiche Broschüre, die die Quellen des nationalsozialistischen Gedankengutes aufdeckt... die erste quellenkritische Untersuchung, die das Weltbild Hitlers, die Methoden seiner Politik und die Ursachen seines Erfolges aufdeckt... Eine ungemein nützliche Arbeit...

über Alexander STEIN: ADOLF HITLER, SCHUELER DER «WEISEN VON ZION»

120 Seiten. Für die Tschechoslowakei: Kc 18.— Für die Schweiz: sFr. 3.10. Für USA: Dollar —.70 Für Holland: hfl. 1.25. Für Frankreich: Frs. 19.80. Für Dänemark: d.Kr. 3.10. Für England: sh 2.10. Für Polen: Zloty 3.75. Für Schweden: schw. Kr. 2.80. Für Belgien: belg. Fr. 19.80. Für Rumänien: Lei 99.—

Verlagsanstalt Graphia
MARLBAD (Tschechoslowakei), Kanton.

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Millre (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gulden 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland: Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Ls. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 6.25 (4.20), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen: Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.20 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris, C. c. 88 504. Tschechoslowakei: „Neuer Vorwärts“ Paris, Prag, 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Paris, Warschau 194 76. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris, Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genannte Bezeichnung der Konten ist erforderlich.